

# Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

**Abonnementpreis** pro Monat einschließlich Bringerlohn 70 Pfg., bei Selbstabholung 60 Pfg.; mit der illustrierten Wochenbeilage Neue Welt einschließlich Bringerlohn 80 Pfg., bei Selbstabholung 70 Pfg. — Durch die Post bezogen vierteljährlich 2.10 Mk., für 2 Monate 1.40 Mk., für 1 Monat 70 Pfg. ausschließlich Postgebühren.

**Redaktion:** Tauchaer Str. 10/21.  
**Telegramm-Adresse:** Volkszeitung, Leipzig.  
Telephon 2721.  
**Sprechstunde:** 6—7 Uhr abends.

**Inserate** werden die 5spaltige Zeile oder deren Raum mit 25 Pfg., für Bewerbstafeln, politische und gemeinnützige Vereine mit 20 Pfg. berechnet. Schwieriger Satz nach höherem Tarif. — Der Beitrag ist im voraus zu bezahlen. — Schluß der Annahme von Inseraten für die nächste Nummer früh 9 Uhr. — Aufgegebene Inserate können nicht wieder zurückgezogen werden.

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Verlag und Expedition: Tauchaer Str. 10/21. Geschäftszeit 8—12 und 2—7 Uhr. Sonn- und Feiertage geschlossen.

## Tageskalender.

Die Leipziger Parteinstanzen veröffentlichen eine Erklärung zum Reichstags-Vertrag.

In Leipzig wurden bei der Gewerbegerichtswahl die vom Gewerkschafts-Komitee empfohlenen Kandidaten glatt gewählt.

Die Interpellation Goldstein wegen der Versammlungsbefugnisse am roten Sonntag steht heute in der Zweiten sächsischen Kammer auf der Tagesordnung.

In der Steuerkommission des Reichstags kam in der Frage der Zigarettensteuer ein Kompromiß zwischen der Regierung und den bürgerlichen Parteien zustande.

Die ländlichen Besitzungen des russischen Justizministers wurden durch revolutionäre Bauern total zerstört.

## Drückberger.

Leipzig, 7. Februar.

Kaum hatten die preussischen Mitglieder des sozialdemokratischen Parteivorstandes ihre, unseren Lesern bekannte Petition an den preussischen Landtag veröffentlicht, als die Notwendigkeit dieser Petition aufs schlagendste durch die Gegner bewiesen und ihr Zweck, nämlich die braven Freisinnigen und die nicht minder braven Ultramontanen endlich auf dem Rhodus der preussischen Wahlreform tanzen zu lassen, vollkommen gerechtfertigt wurde.

Ein liberales Blatt, die Weferzeitung, meint, soweit seien die Dinge denn doch noch nicht gediehen, daß die Sozialdemokratie nur die Erwartung auszusprechen hätte, um alle Parteien marschbereit zu machen und nach Wunsch und Gehelf der Sozialdemokratie einschwenken zu lassen. Die Wahlrechtsreform in Preußen sei schon gefordert worden, noch ehe die sozialdemokratische Partei ihre Stimme erhoben hätte, oder sich auch nur darüber schlüssig geworden wäre, ob sie überhaupt auf eine Verbesserung des preussischen Wahlrechts und auf eine Beteiligung an den Landtagswahlen Gewicht legen sollte.

Denselben Ton schlägt die Kölnische Volkszeitung an, das bedeutendste Blatt der ultramontanen Partei; nur daß sie um so gröber wird, in dem Maße, wie das Gewicht größer ist, das die Zentrumspartei in die Waagschale der preussischen Wahlreform werfen könnte, wenn sie anders wollte. Das Kölnische Blatt meint, der sozialdemokratischen Presse sei die

tönende Phrase so zur zweiten Natur geworden, daß sie auch dann nicht anders als mit eitlem Prahlerei, überspannten Drohungen und grotesker Beschimpfung der Gegner zu arbeiten wisse, wenn sie ganz auf diese angewiesen sei, um ihre Wünsche auch nur teilweise zu erreichen. Die Sozialdemokratie erwecke mit diesem Spiele, das doch nur geeignet sei, ihren Forderungen entgegenzuwirken, den Verdacht, daß es ihr gar nicht so ernst gemeint sei mit den Forderungen, die sie angeblich im Arbeiterinteresse erhebe. Alles was sie tue und treibe, mache den Eindruck, daß damit nur agitatorische Zwecke verfolgt würden; nicht das Arbeiter-, sondern das Parteinteresse scheine für die gegenwärtige Führung der Sozialdemokratie oder mindestens für ihre Presse maßgebend zu sein. Wenn infolgedessen an manchen Stellen eine recht flauere Stimmung für eine Wahlrechtsreform in Preußen zu herrschen scheint, so habe die Sozialdemokratie dies zum größten Teil ihrem eigenen Gebaren zuzuschreiben.

Wir haben die ganze Vitanei, so abgeschrieben und abgelesen sie ist, und gerade deshalb etwas ausführlicher wiedergegeben, damit unsere Leser selbst prüfen können, wie gründlich die Petition der sechs Vorstandsmitglieder sowohl die freisinnigen wie die ultramontanen Fische aus dem Wau geräuchert hat. Diese Drückberger sind ganz auf den Ton des Ministers Buttamer mit dem großen Platenack geeicht, der die jeweilige Verlängerung des Sozialistengesetzes zu begründen pflegte, indem er sagte: das Gesetz hat so vortrefflich gewirkt, daß seine Abschaffung ein Verbrechen wäre, oder indem er sagte: das Gesetz hat gar nicht gewirkt, so daß es verlängert werden muß, um die gewünschte Wirkung zu erreichen. Genau nach demselben Rezepte verfahren die freisinnigen und die ultramontanen Drückberger mit der preussischen Wahlreform. Solange sich das Proletariat nicht darum zu kümmern schien, legten sie einfach die Hände in den Schoß, aber wenn die Arbeiter dafür eintreten, so schreien sie: Stübt uns nicht in unserm segensreichen Wirken durch eure „eitle Prahlerei“, eure „überspannten Drohungen“, eure „groteske Beschimpfung der Gegner“; sonst machen wir in „flauer Stimmung“ für die Wahlreform.

Es ist nichts als ein abstoßender Humbug, wenn die freisinnigen und die ultramontanen Felden behaupten, diese Wahlreform sei in ihren Händen gut aufgehoben, und es ist, gelinde gesagt, eine Entstellung der Tatsachen, wenn die Arbeiter sich gleichgültig gegen sie verhalten haben sollen. Wir haben schon einmal daran erinnert, daß gerade der proletarische Widerstand gegen das preussische Dreiklassenwahlrecht den äußeren Anstoß zur ersten Organisation der deutschen Sozialdemokratie gegeben hat. Die Weigerung der Fortschrittler in der preussischen Konfliktzeit, die Wieder-

herstellung des allgemeinen, den Massen durch einen Staatsstreik geraubten Wahlrechts auf ihr Programm zu setzen, rief die Agitation Lassalles hervor, und mit den Fortschrittler fliehen die Ultramontanen damals in das selbe Horn; man lese nur in den Merkwürdigkeiten Peter Reichenspergers, auf wie intimen Füße dieser damals angesehenste Führer der Ultramontanen mit Ehren-Mantuffel stand, dem Vater des Dreiklassenwahlrechts. Also „auf eine Verbesserung des preussischen Wahlrechts“ hat die deutsche Sozialdemokratie vom ersten Augenblick ihres Bestehens an „Gewicht gelegt“ und ihre „Beteiligung an den preussischen Landtagswahlen“ ist ihr nur insofern zweifelhaft gewesen, als sie sich keinen Nutzen davon versprach, so lange eben das von ihr stets bekämpfte Dreiklassenwahlrecht besteht.

Erst ihrer „eitlem Prahlerei“, ihren „überspannten Drohungen“ und ihrer „grotesken Beschimpfung der Gegner“ ist es zu danken, daß den Freisinnigen und den Ultramontanen ein platonisches Interesse für eine preussische Wahlrechtsreform eingefloßt wurde. Erst seitdem die Sozialdemokratie das Proletariat mit der Erkenntnis von der unerläßlichen Notwendigkeit des allgemeinen Wahlrechts durchdrungen hatte, wurde es für diejenigen Parteien, die ohne eine gewisse Fühlung namentlich mit der industriellen Arbeiterschaft nicht auskommen können, zu einer unerläßlichen Notwendigkeit, wenigstens mit dem Munde oder auf dem Papier das allgemeine Wahlrecht für den preussischen Landtag zu fordern. Aber mit solch einem platonischen Interesse ist kein Hund hinter dem Ofen hervorzuholen, geschweige denn ein ostelbischer Junker aus einem Vorrechte zu vertreiben. Und wenn die freisinnige Partei hundert Resolutionen zugunsten einer preussischen Wahlreform faßt und die ultramontane Partei deshalb zehn demonstrative Interpellationen einbringt, was sie übrigens schon seit Jahrzehnten nicht mehr getan hat, so ist es eben das, und den Verteidigern der Dreiklassenwahl ist damit noch nicht einmal Terrain von der Breite eines Strohhalmes abgewonnen.

Noch niemals ist eine Wahlreform anders durchgeführt worden, als durch den „Druck von Rußen“. Das wissen auch die bürgerlichen Parteien sehr gut; im Jahre 1832 hat die englische Mittelklasse, im Jahre 1847 hat die französische Bourgeoisie danach gehandelt. Wenn jetzt aber die Freisinnigen und die Ultramontanen sagen: wir wollen auch die preussische Wahlreform, aber wir wollen sie nicht, wie die Sozialdemokratie, durch eine Massenagitation durchsetzen, so heißt das in ehrlichem Deutsch: wir wollen die preussische Wahlreform, aber wir wollen sie nicht auf dem einzigen Wege, auf dem sie möglich ist. Wenn nun gar die Arbeiter die geringste Miene machen, die

## Seuilleton.

### Die Referendarin.

Roman von Karl Wujec.

(Nachdruck verboten.)

Der kleine Assessor lief seit Tagen mit rotem Kopf herum.

„Sie pumpen sich zu voll mit Rache und Kraftgefühl, Buttche“, sagte Peter Körner. „Ich sehe Sie noch explodieren wie eine Haubtze. Sie lesen zu viel in Ihren Ristenlyrikern.“

Aber Buttche schüttelte den Kopf.

„Tu ich nicht. Jetzt dichtet das Leben. Es dichtet grauam.“

Man war die großen Worte bei ihm gewöhnt — Peter nahm sie auch nicht tragisch.

„Spielen Sie denn in diesem Gedicht eine Rolle?“ spottete er lachend. „Es scheint Ihnen ja mächtig an die Nieren zu gehen.“

Fast feindselig blickte der Assessor ihn an.

„Wige sind da nicht am Plage“, murmelte er. Und als der andre ihn etwas erstaunt musterte, wurde er verlegen.

„Ich werde vielleicht zu Ihnen kommen. So oder so ... biegen oder brechen. So geht das nicht weiter!“

„Manu? Was denn? Wollen Sie etwa von Großkirchen fort?“

„Ich komme schon“, wehrte Buttche ab. Und mit einbezogenen Schultern verschwand er.

Nicht lange darauf — das Mittagessen bei Nettchen Wöhrow war beendet und Peter schob für sich auf dem

Billard ein paar Bälle — kam der kleine Assessor an. Er war schon während des Diners allen aufgefallen. Ohne ein Wort zu reden, hatte er stets vor sich hin auf den Teller gestarrt, mechanisch sein Bier getrunken und rastlos dabei ein Weisbrot nach dem andern zerbökelt. Er hielt sich sonst meist an Selters, aber heute hatte er gar ein zweites Glas Bier bestellt und war nach dem allgemeinen Ausbruch sitzen geblieben.

Als Peter nebenan im Billardzimmer nun einige schwierige Bälle herausbringen wollte, sah er plötzlich, wie Buttche, das noch halbgefüllte Bierglas in der Hand, im Türrahmen erschien, das Seidel aufs Fensterbrett stellte und zuschaute.

„Haben Sie Lust zu einer Partie? Nein? Schade. Ich glaube, heute wäre ich gut im Zuge.“

Er spielte also allein weiter. Als er bei einer besonders kniffligen Ballstellung dann halb auf dem Billard lag, tippte ihn jemand an.

Der kleine Assessor hatte sein Bier, sein zweites Glas Bier ausgetrunken.

„Wollen Sie mir eine Unterredung gewähren?“ fragte er.

Verdutzt rutschte der Referendar vom Billard herunter, stützte sich auf das Neue und sah die gefnickte Persönlichkeit kopfschüttelnd an.

„Das klingt ja ganz offiziell. Wenn wir nicht hier im Lokal wären, dächte ich, Sie kämen als Parteiläufer. Aber natürlich stehe ich zu Diensten. Wo Sie wünschen, hier oder draußen.“

„Wir könnten dabei spazieren gehen“, sagte Buttche.

Peter war einverstanden. Bald darauf schritten sie also durch die Straßen, an den ungezählten „Spionen“ vorbei. Der kleine Assessor war ganz in sich versunken, doch merkte man wohl, daß es in ihm kochte.

Sie wählten, als die Häuser zurückließen, einen einsamen Feldweg, wo sie sicher waren, niemand zu treffen.

Ein leichter Wind wehte und grub in die Aehrenfelder wogende, stetig wechselnde Täler.

„Wollen Sie nicht anfangen“, mahnte Peter, als der Assessor in seinem Schweigen verharrte.

Da fuhr der kleine auf. Er rang ein paar mal nach Atem und drückte krampfhaft das Stöckchen, das er trug.

„Was ich jetzt sagen will“, sprach er, „habe ich Ihnen schon hundertmal gesagt. Nicht ins Gesicht ... zu Hause bei mir. Auf dem Stuhl, habe ich gedacht, sitzen Sie — dann habe ich gesprochen, und Sie sind ganz still gewesen und klein.“

Er sprang nach seiner Gewohnheit gleich ab.

„Passiert Ihnen das nie, daß Sie Ihrem Stuhl oder Ihrem Spiegel Neben halten? O, manchmal, wenn ich so die Parlamentsberichte lese, dann packt mich der Kerger: was sind das für Nichtskönner! Und dann nehme ich die Stuhllehne und schmettere eine andere Rede, die wie ein Sturzbaß über die Köpfe braust — von allen Seiten fliehen mir die Gedanken zu — immer gewaltiger schwillt es an, der Nach wird zum Strome — das ganze Deutschland wird von dieser Rede hingerissen. Und wenn dann der Weisfallsturm tobt, verschwinde ich: ich habe euch nur mal zeigen wollen, wie man es macht.“

Pause. Wehender Wind, hin und her getrocknete Aehren.

„Ja, so“, stotterte Buttche, „das wollte ich ja gar nicht erzählen. Da ist das Unglück wieder ... allein, zu Hause, bin ich ein Demosthenes. Aber wenn es drauf ankommt ... passen Sie auf, ich habe den ganzen Text vergessen, ich weiß den Anfang nicht mehr.“

„Künftig sah er vor sich hin. Er seufzte tief und sprach leise: „Sie hätten weinen sollen ... nun werden Sie lachen.“

„Aber ich bitte“, warf Peter Körner ein.

„Sie werden lachen“, wiederholte der Kleine mit dumpfer Bestimmtheit, „aber Sie sollen es nicht. Sie sollen hier vor mir stehen, Auge in Auge.“

81]

Wiedermänner bei ihrem feierlichen Worte zu nehmen, so erheben diese ein gewaltiges Geschrei über angebliche Vergewaltigung ihrer antiken Charaktere.

Was uns anbetrifft, so haben wir von solchen Dürdebergern nie etwas anderes erwartet. Sollen wir warten, bis wir aus Ihren Händen das allgemeine Wahlrecht für den preussischen Landtag empfangen oder es auch nur mit Ihrer Hilfe erobern, so werden wir noch am St. Nimmerleinstag die Gezellen sein. Es gibt nur ein Mittel, den Trotz der ostelbischen Junker zu brechen, und dies Mittel besteht darin, daß die deutsche Arbeiterklasse allen bürgerlichen Arbeiterfreunden den Abschied gibt und sich in immer dichteren Scharen um das sozialdemokratische Banner sammelt.

Erklärung.

Der Korrespondent für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer veröffentlicht an der Spitze seiner Nummer vom 3. d. M. folgende Erklärung:

Auf Anregung des Leipziger Gewerkschaftsrates und im Auftrage der dortigen Gewerkschaften hat der Unterzeichnete sich mit den Auswärtigen der Leipziger Volkszeitung und der Redaktion des Korrespondenten bzw. dem Redakteur Rehdauer beschäftigt und nachstehende Resolution einstimmig angenommen:

Der Vorstand des Verbandes der Deutschen Buchdrucker spricht betreffs der unliebsamen Polemik zwischen der Leipziger Volkszeitung und dem Korrespondenten nach Anhörung der Vertreter der Leipziger Gewerkschaften und der Redaktion des Korrespondenten sein lebhaftes Bedauern über die fortgesetzten Reibungen zwischen diesen beiden Organen aus.

Er erkennt an, daß die Redaktion des Korrespondenten den Angriffen der Leipziger Volkszeitung gegenüber wiederholt zu energischer Abwehr berechtigt war (siehe neuerdings solche gegen den Bericht über die Frankfurter Feuerungsanlagen und den Neujahrartikel unsers Organs), bedauert jedoch Mängel, die, wenn sie auch schließlich als eine logische Schlussfolgerung der bisherigen Stellungnahme des Korrespondenten der Leipziger Volkszeitung gegenüber zu betrachten sind, zu gegebener Zeit aber als taktisch nicht anerkannt werden können.

Der Vorstand spricht die Erwartung aus, daß die Redaktion des Korrespondenten für die Zukunft gegenüber weiteren Angriffen der Leipziger Volkszeitung (deren Antipositivität gegen die Buchdrucker fast allgemein bekannt ist) auf den Korrespondenten und die Allgemeinheit der Buchdrucker einen reservierteren Standpunkt einnimmt und solche Angriffe zu geeigneter Zeit den berufenen Verbandsinstanzen zur Stellungnahme unterbreitet.

Die vorstehende Erklärung widerspricht in mehrfacher Hinsicht den Tatsachen. Namentlich in der Wendung von der angeblich „fast allgemein bekannten Antipositivität“ der Leipziger Volkszeitung gegen die Buchdrucker.

Wir beschränken uns jedoch darauf, festzustellen, daß die Redaktion des Korrespondenten, ohne durch einen Angriff der Leipziger Volkszeitung gereizt worden zu sein, die unwahre Denunziation verbreitete, daß unser Aufsatz unterstellte Blätt appellieren an die Gewalt und bemüht die Arbeiter vor die Finten des Militärstaats zu locken. Und zwar verbreitete die Redaktion des Korrespondenten diese Denunziation, obgleich sie wußte, daß eine Anklage auf Grund von § 180 des Strafgesetzbuchs (öffentliche Aufreizung zu Gewalttätigkeit) vom Staatsanwalt gegen die Leipziger Volkszeitung erhoben worden war.

Die Leipziger Volkszeitung war nicht nur berechtigt, sondern auch verpflichtet, das von der Redaktion des Korrespondenten behauptete, in der deutschen Arbeiterbewegung schlechthin beispiellose Vorgehen in schärfster Form zurückzuweisen.

Die Leipziger Parteinstanzen.

Reichstag.

36. Sitzung, Dienstag, den 6. Februar, 1 Uhr.

Am Bundesratsitzung: Graf Posadowski.

Erster Punkt der Tagesordnung ist die Interpellation A B r e c h t (Soz.) und Genossen.

Ist dem Herrn Reichsanwalt bekannt, daß am 10. Juli 1905 auf der Kohlenzeche Vorussia bei Dortmund infolge eines Schachbrandes 39 Arbeiter getötet worden sind?

Ist dem Herrn Reichsanwalt bekannt, weshalb die Ursachen des furchtbaren Unglücks noch immer nicht amtlich bekannt gemacht und die schuldigen Personen zur Verantwortung gezogen worden sind?

Ist dem Herrn Reichsanwalt bekannt, daß die Vorussia-Katastrophe durch Auserachtlassen der allernotwendigsten Arbeiterschutzbestimmungen herbeigeführt wurde, und was gedenkt der Herr Reichsanwalt zu tun, damit ähnlichen Grubenunglücken vorgebeugt wird?

Staatssekretär Graf Posadowski erklärt auf Befragen des Präsidenten, ob und wann der Reichsanwalt die Interpellation zu beantworten gedenke: Der Herr Reichsanwalt lehnt die Beantwortung der Interpellation ab, weil es sich um eine spezifisch preussische Bergbauangelegenheit handelt.

Abg. Singer (Soz.): Trotzdem die Regierung die Beantwortung ablehnt, beantragen wir Besprechung der Interpellation.

Präsident Graf Ballestrem: Dieser Antrag bedarf gesondertem Bescheid der Unterstufung von 50 Mitgliedern.

Für die Besprechung stimmen die Sozialdemokraten, beide freisinnige Parteien, das Zentrum und die Antisemiten. Bei der schwachen Besetzung des Hauses kommen aber nicht 50 Stimmen zusammen. Die Besprechung ist also abgelehnt.

Nunmehr wird die zweite Beratung des Etats des Reichsamts des Innern fortgesetzt.

Abg. Graf Rauten (Kons.): Die Herren am grünen Tisch in Berlin haben keine Ahnung, wie schwer die Lasten der Versicherungsbeiträge das kleine Land drücken. Zwar werden auch die Industrien, namentlich die nichtartikellierten, denen die Konkurrenz mit dem Auslande fast unmöglich gemacht wird; aber am schwersten leidet doch die Landwirtschaft. Die Ansprüche der Arbeiter werden immer größer und die Sozialreform hat nur die Zahl der sozialdemokratischen Stimmen vergrößert. Die sozialpolitischen Gesetze haben geradezu demoralisierend auf die Arbeiter gewirkt. Die Arbeiter wollen direkt eine Rente vom Staat. (Lachen links.) Neben der verkehrten Sozialpolitik hat auch die verkehrte, landwirtschaftsfeindliche Zoll- und Handelspolitik das Wachstum der Sozialdemokratie gefördert. In Frankreich gibt es keine Alchemie, keine Versicherungspaläste. Wir sollten uns die französischen Einrichtungen zum Muster nehmen. (Hört, hört! links.) In der Seimindustrie werden gewiß vielfach unzureichende Löhne gezahlt, aber weit besser als die Ausbeutung der Krankenversicherung auf die Heimarbeiter wird die Behinderung des Zuzugs lediger Frauenpersonen in die Großstädte auf die Beseitigung dieser Mißstände hinwirken. — Mein sozialpolitisches Ceterum censeo lautet: Fort mit der Meberell Vereinfachung der Versicherungsbeiträge! (Beifall rechts.)

Abg. Dr. Wachsmid (Freis. Wg.) bringt auf möglichst baldige Vorlegung des Gesetzes über die Rechtsfähigkeit der Verbrauchereine. An dieser Vorlage sind die nichtsozialdemokratischen Arbeiter weit mehr interessiert als die sozialdemokratischen. Berufsvereine sind auch für die Abschließung der Tarifverträge wichtig, die wir im Gegensatz zum Zentralverband der Industriellen freizügigkeit der Berufsbereine gestimmt werden. — Streiks sind immer bedauerlich, aber manchmal unentbehrlich. Auf keinen Fall darf der Staat in die Streiks eingreifen. — Die Frage der Arbeitskammern erscheint mir noch nicht spruchreif, wohl aber die des Rehnjumbentags für Frauen, während der allgemeine Magmalarbeitstag noch in weiter Ferne liegen dürfte. Es empfiehlt sich, die Beiträge der Unternehmer zur Krankenversicherung von 1/2 auf 1/3 herabzusetzen, dafür aber auch den Unternehmern die Hälfte der Sätze statt des bisherigen Drittels in den Verbänden einzuräumen. Den großen Befähigungsnachweis scheinen jetzt auch die Herren von der Rechten aufzugeben; dafür preisen sie den „kleinen“ Befähigungsnachweis. Aber mit Meisterprüfungen meistert man das lebendige Wirtschaftsleben nicht. — Die Abg. Fischer und Stinnes legen die deutsche Sozialpolitik über Gebühr besud. Auch wir Freisinnigen wünschen ein schnelleres Tempo. Man sollte aber doch nicht vergessen, daß die deutschen Arbeiter 1 1/2 Milliarden Mark an Renten mehr erhalten haben, als sie an Beiträgen gezahlt haben. Nicht in der Regierung und nicht im Reichstage ist der sozialpolitische Eifer erlahmt, wohl aber im Lande. Daran trägt die revolutionäre Entwicklung innerhalb der Sozialdemokratie die Hauptschuld. Die von einem Bunde der Sozialdemokratie mit den liberalen Parteien und gar mit dem Nationalismus träumten, haben sich bitter geläuscht. Der Revisionismus ist tot, der Revolutionismus hat auf der ganzen Linie gesiegt. Die ruffische Revolution und die farbenprächtigen Schilderungen der Frau Moland-Holt vom Massenstreik haben eine verhängnisvolle radikale Stimmung in der deutschen Sozialdemokratie erzeugt. Aber diese durch gewiß männliche und mehr noch weibliche Vornamen charakterisierte Strömung hätte nie die Oberhand gewonnen, wenn nicht eine reaktionäre Politik, Lebensmittelerhöhung, Klassenjustiz, falsche Eheverträge innerhalb der oberen Klassen und Wahlrechtsverschlimmerungen ihre vorgearbeiteten hatten. Druck erzeugt Gegenruck. (Sehr wahr! links.) In Bayern, in Baden ist die Sozialdemokratie ganz anders gearbeitet als in Preußen und Sachsen. Hier in Preußen erscheint ein Wahlbündnis mit ihr auf lange Zeit ausgeschlossen. — Das einzige Mittel, das eine allmähliche Ausgleichung der Klassenverhältnisse und eine Gesundung der Parteiverhältnisse herbeiführen kann, ist eine vernünftige, von allen reaktionären Schladen befreite Sozialpolitik. In einem Massenstreik teilzunehmen, lehnt unsre Fraktion natürlich ab; aber an einer Weiterführung der Sozialpolitik werden wir eifrig mitarbeiten. (Dravo! bei den Freisinnigen.)

Abg. Bruhn (Antif.) verlangt den allgemeinen Befähigungsnachweis, bedauert den Unfall der Abg. Euler und Pauli in dieser Frage und verlangt Ausnahmegeetze gegen den sozialdemokratischen Terrorismus. Kurz vor dem 21. Januar hat in meiner Gegenwart ein Sozialdemokrat auf meine Frage, ob er vorbereitet sei, ein großes Messer aus der Tasche gezogen. (Hört, hört! bei den Soz.)

Staatssekretär Graf Posadowski geht auf eine Reihe im Laufe der Debatte gestellter Fragen ein. In bezug auf die Verwendung existierender sehr scharfe Bundesratsverordnungen. Die Arbeiter müssen aber auch das ihrige tun, und zum Beispiel das Rauchen bei derartigen Arbeiten unterlassen. — Die Durchführung der Sonntagsruhe im Bergbau ist Sache der lokalen Berggewerkschaften. — Die Sonntagsruhe in der Binnenschifffahrt wird sich erst auf Grund von Erhebungen über die Arbeitszeit in diesem Gewerbe einführen lassen. — Die Regelung der Wanderarbeiterfrage hängt eng mit der Wohnungsfrage zusammen, für die die Einzelregierungen bestimmen sind. — Eine Vermehrung der Gewerbeinspektoren ist notwendig, aber sehr schwierig, weil es an Nachwuchs fehlt und eine Zugabe der Ärzte kaum empfehlenswert erscheint. — Ich gestehe zu, daß das Unfallversicherungsgesetz in § 25 eine Aenderung zugunsten der Krankenkassen bedarf. — Die Zusammenstellung der Rechnungsberichte der Berufsgenossenschaften wird wohl immer 1/2 Jahr in Anspruch nehmen. — Die Vereinheitlichung der sozialpolitischen Gesetzgebung wird hoffentlich Ende 1907 in meinem Amte fertig gestellt sein. (Hört, hört! links.) — Die Frage der Arbeitskammern ist im Bundesrat noch im Fluß. — Die Bildung größerer Armenverbände habe ich vorgeschlagen, weil heutzutage an vielen Orten ein Armer, der nahe daran ist, den Unterstufungswohnort zu erwerben, systematisch zur Abwanderung gezwungen wird, indem man dafür sorgt, daß er keine Wohnung oder keine Arbeit bekommt. (Hört, hört! und sehr richtig! links.) Die deutsche Unfallversicherung ist dem französischen Plane bedeutend überlegen. — Denjenigen, die unsre sozialpolitische Gesetzgebung angegriffen, weil die Arbeiter dafür doch nicht dankbar wären, erkläre ich: Ich danke Ihnen sehr, daß Sie den Staat besetzen. (Sehr richtig! links.) Welche Verhältnisse hätten sich entwickelt, wenn trotz des gewaltigen Aufschwungs unserer Industrie nichts für die Arbeiter geschehen wäre. (Sehr richtig! links.) Wenn Deutschland einen so gewaltigen industriellen Aufschwung erlebt hat, wie kein andres Land der Erde in derselben Zeit, so verdient es das in erster Linie der Tüchtigkeit seiner Arbeiter. (Beifall rechts bei den Soz.) — Ohne diese staal-

liche Sozialpolitik würde diese Tüchtigkeit der Arbeiter zweifellos leiden. — Es empfiehlt sich, wenn ein amtliches Handwerkerblatt sich als notwendig herausstellen sollte, es nicht vom Reich, sondern von Preußen für Norddeutschland und von einem süddeutschen Staat für den Süden herausgeben zu lassen. — Neben befristeten, den Befähigungsnachweis für das Baugewerbe jemals zu sprengenden zu haben. In der Beschäftigung von Kongressen muß die Regierung äußerst vorsichtig sein. Recht machen wir es keinem damit, und alles Wichtige erfährt man ja nachher aus den Zeitungen. — Eine Enquete über die Lage der mittleren und kleinen Kaufleute läßt sich nicht durchführen, weil niemand seine Verhältnisse offen mitteilen wird. Wenn man sieht, wie in den abgelegenen Straßen junge Leute stets neue Geschäfte gründen, die schon nach 8 Monaten ihren Besitzer wechseln, so muß man sich doch fragen, ob für die Gründung des Bedürfnis der Konsumenten maßgebend war, oder das Bedürfnis der Hausbesitzer, den Parterrestock ihrer neuerbauten Häuser zu läden auszunutzen. (Sehr gut! bei den Soz.) Von den christlichen Gewerkschaften ist erklärt worden, sie seien noch schlimmer, wie die sozialdemokratischen. Es gibt also Kreise, die da hoffen, daß trotz unserer industriellen Entwicklung die Arbeiterbewegung — das Streben der Arbeiter, ihre Lebenslage zu verbessern und sich in höherem Maße als bisher an den öffentlichen Angelegenheiten zu beteiligen — ganz beseitigt werden könnte oder sollte. Wer das glaubt, befindet sich in einem starken Irrtum. (Beifallige Zustimmung links) und steht auf einem ziemlich eng begrenzten Interessenstandpunkt. (Beifallige Zustimmung links und im Zentrum. Abg. v. Nordhoff meldet sich zum Wort.)

Der Unterschied zwischen der berechtigten und der unberechtigten sozialdemokratischen Arbeiterbewegung besteht gerade darin, daß die Sozialdemokratie Forderungen aufstellt, die kein Staat und kein Zukunftsstaat erfüllen können, weil damit der Zusammenbruch des ganzen wirtschaftlichen und staatlichen Lebens verbunden wäre. Und weil kein Staat die Forderungen der Sozialdemokratie erfüllen kann, verlangt sie die Beseitigung des bestehenden Staates und die Errichtung eines Zukunftsstaates, von dem ich wenigstens keinen Begriff habe, wie er aussehen wird. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Da müssen wir es begründen, daß eine Arbeiterbewegung sich entwickelt, die auch die materielle Lage der Arbeiter entsprechend dem gestiegenen Wohlstande bessern und die Arbeiter an den öffentlichen Angelegenheiten mehr beteiligen will als bisher, aber dieses Ziel verfolgt innerhalb des monarchischen Staates und der modernen Gesellschaft. (Beifalliger Beifall, besonders im Zentrum.) Wenn wir gegenüber den 8 Millionen Stimmen der Sozialdemokratie in ihrer Verharmlichung Fortschritte machen wollen, so müssen wir den allerdringendsten Wunsch hegen, eine Arbeiterbewegung wie die christliche zu unterstützen. (Erneuter Beifall in der Mitte und teilweise rechts.) Die Auffassung, daß die christliche Arbeiterbewegung noch schlimmer als die sozialdemokratische ist, kann nur von Männern ausgehen, denen jede auch noch so berechtigte Arbeiterforderung unsympathisch ist. (Sehr gut im Zentrum und links.) Auch in der Politik ist die Zeit der großen absoluten Minister vorbei, und die Reichs- und Wettlicher leben nur noch als Schatten. Gerade so wie die konstitutionellen Minister, wenn ihnen etwas auf die Kerben fällt, sich nach dem Absolutismus sehnen, sind die Politiker, denen jede Arbeiterbewegung unsympathisch ist. Andererseits beruht das Abnehmen der Reizung, sozialpolitisch tätig zu sein, darauf, daß die Sozialdemokratie mit der Revolution spielt und nicht objektiv genug ist, das anzuerkennen, was der Staat und die bürgerliche Gesellschaft für die Arbeiter getan haben. (Beifallige Zustimmung rechts, in der Mitte und bei den Freisinnigen.) Auch in der Politik ist strengste Wahrheitsliebe und strengste Gerechtigkeit die beste Taktik. (Erneuter Beifall.) Ich begreife nicht, wie die sozialdemokratische Partei einen Vorwurf daraus machen kann, wenn wir der englischen Arbeiterdeputation gegenüber die Pflicht nationaler Höflichkeit erfüllt haben. Wir haben ihr alle Einrichtungen gezeigt, die sie zu sehen wünschte. Sie aber (zu den Sozialdemokraten) wollen nicht anerkennen, was wir sozialpolitisch geleistet haben, und weil Sie sich dazu nicht entschließen können, bestimmen Sie die Regierung, verbittern Sie die bürgerlichen Parteien und — käufden Sie Ihre Anhänger. (Stürmischer Beifall rechts, im Zentrum und bei den Freisinnigen.)

Abg. Dahlen (Zentr.) fordert bessere Sonntagsruhe für die Binnen-schiffer.

Abg. Que (Soz.): Von den Mitgliedern der englischen Arbeiterdeputation hat kein einziger ein Wort Deutsch gefasst. (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.) Wichtig ist, daß wir nicht mit englischen Arbeitern zusammengekommen bin, diese anerkennen haben, daß das System unserer Versicherungs-Gesetzgebung besser ist als die englischen Zustände. Aber stets haben sie betont, daß sie mehr Wert auf den eigentlichen Arbeiterkampf legen. Wir sind stets so objektiv gewesen, anzuerkennen, daß die deutsche Versicherungs-Gesetzgebung, deren Grundprinzip übrigens schon vor 25 Jahren Wesel vorgezeichnet hat, vor der ausländischen manderlei Vorzüge aufweist. Aber weshalb kann man uns doch nicht das Recht bestreiten wollen, im einzelnen Kritik zu üben. Auch die Agrarier erklären sich ja übrigens mit dem ihnen gewährten Schutz nicht zufrieden. Warum sollen wir bessere Kinder sein als sie? (Seitwärts.) Haben wir doch viel mehr Grund und viel mehr Recht zur Unzufriedenheit! — Gegen den Terrorismus, der von Mitgliedern der freien Gewerkschaften verübt wird, sind wir Gewerkschaftsführer stets in der schärfsten Weise aufgetreten. Mitglieder, die sich wirklich terroristische Handlungen zuschulden kommen lassen, wurden auf Grund der Verbandsstatuten ausgeschlossen, weil sie die Ehre und das Ansehen des Verbandes schädigen. Aber mindestens ebensoviel Fälle von Terrorismus kommen zwischen den christlichen Gewerkschaften und den katholischen Nachbarn vor. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Ganz von Terrorismus schweigen sollten aber die Nationalliberalen. Ich erinnere nur an die Erfahrungen mit dem Terrorismus der Unternehmertumsklasse gegen Händler, Konsumenten und Konkurrenten und an die Zustände in Saarabien. Herr Dr. Mugdan hat sich hier als Schirmherr der christlichen Gewerkschaften aufgestellt. Aber die Düsselbacher Richtung innerhalb der Gewerkschaften hat ihn und seine Freunde ganz energisch abgeschüttelt. Herr Dr. Mugdan hat bestritten, daß er überhaupt von der Münchener Ortskrankenkasse gesprochen hätte. Aber der Werkmeister Engel hat sich im allgemeinen für seine Behauptungen, die nachher das Gericht als leichtfertig kennzeichnete, auf den Abgeordneten Dr. Mugdan und den Reichsanwalt berufen. Welche Blamagen holten sich die Zentrumsredakteure mit ihren Schauerzählungen von Terrorismus, so oft wir sie vor Gericht stellen konnten. — Die Berufsvereine sollten sich meiner Ueberzeugung nach von jeder politischen und religiösen Agitation fernhalten. Deshalb verurteile ich aus Prinzip die „christlichen“ Gewerkschaften, weil das Christentum nicht zur Wahrung der Berufsinteressen gehört. Der freie Bergarbeiterverband war stets neutral, erst durch die Gründung der christlichen Gewerkschaften wurden die Arbeiter gesplittet. Seitdem aber das Zentrum den Votumwert durchgepeitscht und den Bergarbeiter-Schundgesetzen zugestimmt hat, wird jeder verständige Arbeiter es ablehnen, einer sogenannten christlichen Gewerkschaft beizutreten. Uebrigens führt jede selbständige Arbeiterorganisation schließlich zur Sozialdemokratie. (Sehr richtig! rechts.) — Sozialpolitisch ist für die Binnenschiffer sowie für die Seimarbeiter so gut wie nichts geschehen. Im Vergleich gesehen unter den Augen der Behörden Verbrechen über Verbrechen. Wie unerkannt die Behörden von den Bergwerksbesitzern hinter sich geführt werden, das zeigt der Unfall auf der Zeche Borussia. Doch das bleibt ihnen nicht geschenkt, wir werden es hier noch zur Sprache bringen. Das sind wir den Bergleuten,

Mein Vater, Peter Körner, war ein Mörder —

„Büttel!“ rief der andre erschrocken.

— „war ein Mörder. Nicht im vulgären Sinne. Es laufen viel Mörder herum, an deren Händen kein Blut klebt und die wir mit unsern Paragrafen nicht fassen können. Denn sie morden nicht Leiber; sie morden Seelen. Sie morden einem die Kindheit, die Jugend, die Freude, das Streben. Ich habe es Ihnen schon einmal erzählt, wie mein Vater, wie meine Lehrer an mir zu Mördern geworden sind. Davon will ich heute nicht reden. Gätten sie jemand zur Seite gehabt, der alles durchschaut hätte — er hätte ihnen in den Arm fallen können: was tut ihr da? Laßt doch die zarte Knospe sich entwickeln! Tötet sie nicht zu früh! Werdet keine Mörder!“

„Aber es fand sich keiner, der so zu ihnen gesprochen und der ihnen die Augen geöffnet hätte. Nichts mehr zu machen — vorbei!“

„Doch wenn ich einen sehe, der im Begriff ist, etwas Schönes zu vernichten und zu zerstören — ist es dann nicht meine Pflicht als Mensch, vor ihn hinzutreten und ihn anzurufen: Tu das nicht! Besinn dich! Laß ab von deinem rachsüchtigen Beginnen! — Ist das nicht meine Pflicht? frage ich!“

Seine matten Augen glänzten. Er hatte einen Teil seiner Rede wieder erwirkt.

„Und so trete ich heute vor Sie hin und rufe Ihnen zu: Nicht weiter, Peter Körner, rufe ich, Sie wollen morden! Morden! Morden!“

Bei jeder Wiederholung köpfte er mit dem Stock eine Achse.

[Fortsetzung folgt.]

Das sind wir den Witwen und Waisen jener Opfer der kapitalistischen Gemeinlosigkeit schuldig. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.) Die Verhältnisse der 1 1/2 Millionen Stätten, Walswerf- und sonstigen Feuerarbeiter sind für die ganze Sozialpolitik noch ein völlig unbekanntes Land. Und doch beruht auf der Arbeit dieser Eisenarbeiter ein großer Teil der deutschen Industrie, deren Blüte Graf Posadowski so bereit gepriesen hat. In fürchterlichen Temperaturen von mehr als 40 Grad müssen die Feuerarbeiter 12, 13, ja bis zu 18 Stunden ohne Pause arbeiten (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten); die Sonnabendschicht beträgt regelmäßig 24 Stunden, ja, Schichten von 36 Stunden kommen vor. (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.) Ein Arbeiter, der in dem Hüttenwerk Bösch in Dortmund arbeitet, dessen Direktor zugleich der der Unglücksgrube Worsina ist, hat von den 696 Stunden des Februar vorigen Jahres 504 bei der Arbeit zugebracht. (Beifalles Hört, hört!) In den ungesundesten und schädlichsten Betrieben werden weibliche Arbeiter bis zu 18, 17 Stunden täglich beschäftigt, in den Zinkhütten Ober-Schlesiens, deren Besitzer höchst patriotisch und ganz christlich sind, sogar Mädchen unter 14 Jahren. (Hört, hört!) Ist es da wunderbar, daß die Arbeiter zum Fußel greifen, und daß die künftigen Generationen schon in den Mütter schwer geschädigt werden? An Ventilation, an Waschlagenheit, an Erträumen fehlt es in fast allen Betrieben, die Abwehrverhältnisse spalten jeder Beschreibung. Dabei hat sich die Dividende im Bergbau wie in der Eisenindustrie in den letzten 30 Jahren verdoppelt, während der Lohn der Arbeiter entweder überhaupt nicht, oder jedenfalls in keinem Verhältnis zu dem Preise der notwendigen Lebensmittel gestiegen ist. Da darf es niemand wunder nehmen, daß die Krankeits- und Unfallziffern in der Stahl- und Eisenindustrie Rheinlands-Weisfalems noch stärker gestiegen sind als im übrigen Deutschland. Die Regierung kann sich bei der Feuerarbeit nicht, wie beim Bergbau, mit der Kompliziertheit der Verhältnisse entschuldigen. Schon die Einführung von Arbeiterspektoren würde ganz bedeutenden Nutzen bringen. Der Metallarbeiterverband hat im Interesse des gewerblichen Friedens versucht, durch gütliche Vereinbarung eines Tarifvertrages mit den Unternehmern Ordnung zu schaffen. So steht die Tätigkeit der viel verlebendeten Gewerkschaften in der Praxis da. Aber die Unternehmer haben durch ihren Verband jede Verhandlung brüsk abgelehnt. (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.) Um so mehr ist es Pflicht der Regierung, Pflicht des Reichstages, den grauenhaften Verhältnissen zu steuern, die zur völligen Degeneration weiter Bevölkerungsteile führen müssen. Eine umfassende Enquete und eine gründliche Schutzgesetzgebung für die Metallarbeiter tut uns dringend not. Wenn Sie uns das Wasser abgraben wollen, so beseitigen Sie die Verhältnisse, die uns immer neue Scharen von Anhängern zuführen! (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Hierauf verlegt sich das Haus. Für den morgigen Schwerinstag verzichtet das Zentrum auf die Weiterberatung seines „Toleranzantrages“. Demnach steht die erste Lesung des Antrages Abrecht und Genossen (Soz.), betr. die Einführung des allgemeinen gleichen geheimen und direkten Wahlrechts in die Verfassung aller Einzelstaaten auf der Tagesordnung.

Sächsischer Landtag. Zweite Kammer.

62. Sitzung vom 6. Februar 1908.

Am Regierungstische v. Rehsch, Dr. Otto und Kommissare. Einziger Punkt der Tagesordnung: Vorberatung über den Gesetzentwurf eines Wassergesetzes.

Staatsminister v. Rehsch: Die Regelung des Wasserrechts sei eine der wichtigsten aber auch eine der schwierigsten Aufgaben. Auf keinem wirtschaftlichen Gebiete seien die verschiedenen Interessen so schwer zu vereinigen wie auf dem Gebiete des Wasserrechts. (Sehr richtig!) Ein Entwurf möge noch so vollkommen sein, er werde doch niemals die Wünsche aller befriedigen. Der Redner gibt einen historischen Überblick über die bisherigen Verträge, das Wasserrecht einheitlich zu regeln. Die ersten Anläufe seien 1837 unternommen worden. Es sei auch ein Entwurf beraten worden; man sei aber zu keinem Ergebnis gelangt. Zu dem jetzigen Entwurf sei die Anregung 1894 von dem Vizepräsidenten Opitz ausgegangen. Daraufhin sei 1899 ein Entwurf ausgearbeitet und darüber Gutachten eingeholt worden. Nach diesen sei schließlich der Entwurf zum Teil zu seiner jetzigen Fassung umgearbeitet worden. Die Arbeit sei von drei Ministerien in sorgfältiger Weise bewältigt worden. Was jetzt im Entwurf geboten werde, erscheine der Regierung geeignet, auf dem Gebiete des Wasserrechts gesunde und klare Verhältnisse zu schaffen. Die gegenwärtige Vorlage sei das Resultat von Erwägungen, die sich über zwei Mandatsjahre hinzögen, und einer mehr als zehn-jährigen Arbeit. Es sei nicht zu erwarten, daß die Stände in der kurzen Zeit, die noch zur Beratung bleibt, die Vorlage gründlich beraten werden können. Die Regierung empfehle daher der Kammer, eine Zwischenkommission einzusetzen. Allerdings sei dazu die Vorbedingung die prinzipielle Zustimmung der Kammer zu der Vorlage. Die Regierung hoffe aber, diese zu erlangen.

Vizepräsident Opitz: Das Wasserrecht sei eine sehr wider-spenstige Materie; es sei aber notwendig, eine einheitliche Regelung herbeizuführen. Der Redner ergeht sich dann in Lobpreisungen der konservativen Politik in Sachsen. Ihrem Grund-satz getreu habe die konservative Partei nicht nur die Erhaltung des Bestehenden angestrebt, sondern auch den berechtigten Fortschritt zu fördern. Es sei die Anregung zu diesem Gesetzentwurf in erster Linie von der konservativen Partei ausgegangen. Auch sonst wolle die unter der konservativen Führung zustande ge-kommene sächsische Gesetzgebung als musterhaft erkannt werden. Das Wassergesetz könnte man als die Krönung des Ge-bäudes musterhafter konservativer Gesetzgebung bezeichnen. Sodann geht der Redner in rein juristischen Ausführungen auf Einzelheiten der Wasserrechtsfrage ein. Dabei wendet er sich besonders gegen die Bestimmung des Entwurfs, wonach auch die Privatgewässer unter die Aufsicht der Behörden gestellt werden sollen. Eine solche Aufsicht würde entweder wirkungslos bleiben, oder eine unerträgliche Belästigung der Besitzer zur Folge haben. Auch Handelskammern, der Landeskulturat und andre Körperschaften hätten sich gegen die Absicht gewendet, die Privatgewässer vom Standpunkte des öffentlichen Rechts zu beurteilen. Die Regierung berufe sich zur Begründung ihrer gegenständlichen Ansicht auf die Gutachten verschiedener Rechts-lehrer. Er sei der Letzte, die Bedeutung solcher Gutachten zu unterschätzen, aber hier hätte die Theorie schon so viel gelehrt, daß man die Erfahrungen aus der Praxis über die Rechtslehre stellen müsse. (Wavol recht.) Die geplante Beaufsichtigung der Privatgewässer sei ein Eingriff in das Eigentumsrecht. Man wolle eine Staatsherrschaft bedenklischer Art über die Privat-gewässer proklamieren. Hier habe aber nicht das öffentliche Recht, sondern das Privatrecht einzuschlagen. Wenn er auch gegen einen wichtigen Bestandteil des Gesetzes Widerspruch er-heben müsse, so sei er doch weit davon entfernt, der Kammer zu empfehlen, die Vorlage abzulehnen. Man müsse vielmehr be-müht sein, die einzelnen Verhältnisse des Entwurfs zu be-seitigen. Zu einer gründlichen Beratung werde die kurze Dauer des gegenwärtigen Landtags nicht ausreichen. Er empfehle daher den von der Regierung angeregten Weg der Ueberweisung an eine Zwischenkommission einzuschlagen. Er beantrage zwar die Ueberweisung der Vorlage an die Gesetzgebungsdeputation, aber unter der Voraussetzung, daß die Beratung von einer Zwischenkommission fortgesetzt werde. (Beifall.)

Abg. G. Weisberg (nat. lib.): Seine Partei begrüße den Entwurf, gegen Einzelheiten habe man aber Bedenken. Vor allem sei zu bemängeln, daß der Staat sich alle Rechte anmaße, den Anliegern aber alle Pflichten aufbürden wolle. (Beifall.) Gegen eine Beaufsichtigung der Privatgewässer habe er keine Bedenken. Denn das fließende Wasser sei niemandes Eigentum; es könne mit vollem Rechte vom Standpunkte des öffentlichen Rechts aus beurteilt werden, wie es die Regierung beabsichtige. Es sei auch nicht richtig, daß die Handelskammern gegen diesen Grundsatzt Front gemacht hätten, die Dresdener Handelskammer habe vielmehr den § 1 der Vorlage ausdrücklich anerkannt. Eine wichtige Frage des Wasserrechts sei, daß der Unterlieger nicht durch den Oberlieger geschädigt werde. Und gerade in solchen wasserrechtlichen Streitfällen verfolge das Zivilrecht vollständig. Es müsse hier deshalb auf dem Verwaltungswege Regelung ge-schaffen werden. Erhaltung der Wasserläufe und Wasserkräfte sei eine außerordentlich wichtige Sache und es verlohne sich dem-gegenüber das Fischereirecht als bedeutungslos. Als unannehm-bar bezeichnet der Redner den § 41, nach dem die Gemeinden verpflichtet werden sollen, die Flußläufe zu unterhalten und ge-rechte Wasserbetten wieder herzustellen. Eine solche Aufgabe den Gemeinden zu stellen, führe dazu, daß namentlich die Ge-meinden im Unterlande, wobei Ueberflutungen, Schlämm- und Gesteinsmassen zusammengekommen würden, schwere Lasten ausgeübt bekämen. Dagegen solle die Regierung dahin streben, Ueberflutungen durch Errichtung von Tal-sperren und andern Sammelbetten nach Möglichkeit zu ver-hindern. Der Redner gibt dem Wunsch Ausdruck, daß die Vorlage nach den erforderlichen Änderungen in Kraft trete und vorläufig einer Zwischenkommission überwiesen werde.

Abg. G. v. Rumboltz (kon.): erklärt, im wesentlichen auf dem Standpunkte des Vizepräsidenten Opitz zu stehen. Er bemängelt Einzelheiten des Entwurfs.

Abg. Förster (kon.): Der Gesetzentwurf habe in ihm schwere Besorgnisse um die Färbereien, Bleichereien und ähn-liche Industriezweige erweckt. Bei der Verwendung der Roh-produkte würde das Wasser verunreinigt und es sei schwer, es wieder zu reinigen. Wollte man die völlige Reinigung des Wassers von diesen Betrieben fordern, oder ihnen die Ableitung der Abwässer ganz untersagen, würden sie schwer getroffen und sich gegenüber der ausländischen Konkurrenz kaum noch behaup-ten können. Allerdings würden dadurch die Fischereiereserven ge-schädigt, aber diese kamen doch im Vergleich mit der Bedeutung der Textilindustrie kaum in Betracht.

Abg. G. v. Rumboltz (kon.): Den Besitzern von den Elbwiesen sei 1874 Unrecht vom Staate zugefügt worden. Während früher allgemein als Recht gegolten habe, der Besitz der Elbwiesen reiche bis zur Mitte des Stroms, habe die Amtshauptmannschaft 1874 erklärt, der Besitz der Anlieger reiche nur bis zum Wasser-rand bei Nullpunkt. Die früheren Besitzer hätten sich das nicht gefallen lassen, die kleinen seien aber enteignet worden. Bei dem Wassergesetz müsse Rücksicht darauf genommen werden, den kleinen Anliegern an der Elbe ihre Rechte wiederzugeben.

Vizepräsident Dr. Schill: Von einem Eigentumsrecht an fließendem Wasser könne keine Rede sein, nur das Gebrauchsrecht stehe den Anliegern zu. Die Absicht der Regierung gehe auch nicht dahin, die fließenden Gewässer für Staatsigentum zu erklären. Sie sollten niemals Staatsigentum sein, es solle aber das Nutzungsrecht freistehen. Es müsse aber dem Staat das Recht zu-gestanden werden, dieses Nutzungsrecht zu regeln. Die Anwendung des öffentlichen Rechts ist in diesem Falle nichts weiter als der Ausdruck des in unserer modernen Wirtschaftsweise sich ausprägenden Satzes, daß Rechte nur ausgeübt werden sollen mit Rücksicht darauf, daß andere auch ein Interesse an der Sache haben. (Beifall.)

Abg. Günther: Wenn der Abg. Opitz ein Votum auf die konservative Gesetzgebung gegeben habe, so müsse er erwidern, daß es weniger auf die Anregung zur Gesetzgebung als darauf ankomme, wie ein Gesetz ausgefaltet, mit welchem Geiste es erfüllt werde. In dieser Beziehung bleibe sehr viel zu wünschen übrig. Der Gesetzentwurf wolle den Gemeinden wohl Pflichten auferlegen, lasse sie aber nicht am Aufsichtsdreht teilnehmen.

Geheimrat Dr. Schelger: Das fließende Wasser sei ein Natur-produkt, das vor Ausbeutung und Verderbnis geschützt werden müsse. Es müsse verhindert werden, daß der ein das Wasser für die übrigen unbrauchbar mache. Deshalb müsse der Staat be-aufsichtigend und regelnd walten können. Abg. Opitz habe früher einmal gesagt, die Vorlage hätte einen sozialistischen Anstrich, es sollte aber hier nicht Sozialismus, sondern Individualismus in Betracht kommen. Dieser Grundsatzt sei höchst bedenklich. Nicht die Sonderinteressen, sondern das Allgemeinwohl müsse maß-gebend sein. (Sehr richtig links.) Das zu erfüllen sei eine der sozialen Aufgaben des Staates. Er schreie vor dem Worte sozial nicht zurück, es habe mit Sozialismus nichts zu tun. Der heutige Sozialismus sei antiozial (Abg. Goldstein: Na, na!), denn der Sozialismus schlesse ein gemeinames Zusammenleben geradezu aus. (Abg. Goldstein: Oh! Heiligkeit.) Nicht nur die großen Flüsse erforderten eine Aufsicht, es sei nicht allein die Schiffahrt, die den Flüssen die Bedeutung gebe, es seien auch die kleinen Flüsse für die Industriebetriebe und andere Erwerbszweige von größter Bedeutung. Es gehe auch nicht an, das Eigentumsbegriff wegen, den der Abg. Opitz dem fließenden Wasser beigelegt habe, von jeder Staatsaufsicht im Interesse der Allgemeinheit abzulehnen. Der Gesetzgeber müsse vor allen Dingen ehrlich sein und den Anliegern kein Eigentumsrecht an Gewässern vorzulegen, wo in Wirklichkeit gar kein vorhanden sei. In andern Ländern, Frankreich, England und auch in deutschen Bundesstaaten sei das Wasserrecht nach den-selben Grundsatzen geregelt, die in der Vorlage zum Ausdruck ge-kommen sind. Der Redner geht dann näher auf die dahliegende Gesetzgebung über das Wasserrecht ein. Was sei auch so Schlimmes dabei, wenn die Flüsse unter die Aufsicht des Staates gestellt würden. Wir lebten doch in einem Rechtsstaate für Streitfälle hätte man das Oberverwaltungsgericht eingeschaltet. Es müsse beim Wasserrecht der Grundsatzt obenangestellt werden: Alles fließende Wasser muß der Aufsicht der öffentlichen Gewalt unterstellt werden. Die Unterhaltung der Wasserläufe sei eine wichtige Frage, weil bei der hohen Bodenrente und den bebauten Ufern weit höhere Werte in Betracht kämen, als in den schwach be-völkerten Gebirgsgebieten. Das Jahr 1897 habe allen eine ernste Lehre erteilt. Leider werde sie nicht genügend beachtet. Das sei man aus der kurzzeitigen und ständigen Agitation, die jetzt gegen die Wasserregulierung in Szene gesetzt werde. (Sehr richtig!) Die Unterhaltungspflicht der Gemeinden für die Fluß-betten sei durchaus berechtigt. Wenn man von jedem Besitzer eines Grundstücks verlange, daß er sein Verstum von ausgehalte, daß es anderen nicht gefährlich werde, so sei derselbe Grundsatzt auch be-züglich der Flußläufe berechtigt. Durchaus falsch sei es aber, wenn man die Sonderinteressen zum maßgebenden Faktor machen wolle. Hier müsse man auf einer höheren Warte als auf der Sinne der Partei und der Interessen stehen. Wenn die Mehrheit sich auf den Standpunkt des Vizepräsidenten Opitz stelle, werde die Regierung geneigt sein, mit der Regelung des Wasserrechts eine Zeit abzu-warten, wo mehr Ruhe dazu vorhanden und der Interesses-tandpunkt weniger ausschlaggebend sei. Die Regierung hoffe aber, daß es nicht nötig sei, in dieser Weise zu verfahren, sondern noch eine Vereinbarung zustande komme. (Lebhafter Beifall rechts.)

Regierungs-Kommissar Koblitzsch: läßt sich über die Maß-regeln aus, durch die angeordnet worden ist, daß das Besitzrecht der Anlieger an der Elbe nur bis zum Wasserande reiche. Die Regierung habe bei diesem Vorgehen durchaus nach dem Grundsatze: Gleiches Recht für alle, gehandelt.

Abg. Kockel (kon.): In der Lausitz sei vielfach zu beobachten, daß die Aeltergüter in den Flüssen das Fischereirecht hätten, die Gemeinden aber die Flußufer unterhalten müßten. (Hört, hört) Wo bleibe hier das gleiche Recht für alle. Man sollte diese Zu-sätze, die beim Volke nicht beliebt sind, bei der Regelung des Wasserrechts beseitigen.

Abg. Ehret (nat. lib.) bemängelt einige Bestimmungen des Entwurfs. Viele Bestimmungen seien so denkbar, daß man alles mögliche damit machen könnte. Es sollte dafür gefordert werden, daß die Wasserbehörden in erforderlicher Weise mit technischen Kräften besetzt würden.

Abg. Kentsch hält den Erfolg eines Wassergesetzes für nötig. Vizepräsident Opitz: Die Debatte habe einige Ueberflutungen gebracht. Vor allem habe es ihn überrascht, daß seine Ansichten über die Aufsicht der nichtschiffbaren Gewässer nicht die Zustimmung der Liberalen gefunden habe. Sonst strebe doch der Liberalismus dahin, die Machtvollkommenheit des Staates nicht weiter gehen zu lassen, als es unbedingt nötig sei. Er habe besonders gegen die Vorlage Stellung genommen, weil es ein Vollzugs-gesetz aus-geprägtester Art sei. (Sehr richtig rechts.) Der Redner pole-misiert im übrigen gegen den Regierungsvorleser und bebauert, daß er habe durchblicken lassen, lieber auf die Vorlage zu verzichten als den Standpunkt des öffentlichen Rechts zu verlassen. Bezüglich der Ausführungen des Regierungsvorlesers über den Interessenstand-punkt muß ich mir sehr aussprechen, daß er seine Ausführungen modi-fiziert, wenn er der konservativen Partei Sonderinteressen unter-stellt. Seine Partei sei weit davon entfernt, Sonderinteressen hier zu vertreten. Es komme ihr nur darauf an, die Erfahrungen der Praxis im Geleise zu verwerten. Nicht vom Standpunkt der Theorie, aber vom einseitigen Interessensstandpunkte aus habe er die Grundsatze der Regierung bezüglich der Aufsicht der Privatgewässer bekämpft. (Beifall rechts.)

Geheimrat Dr. Schelger wendet sich gegen Opitz und be-schäftigt sich mit einigen Einzelheiten des Entwurfs. Ein Schlußantrag wird angenommen.

Der Entwurf wird einstimmig der Gesetzgebungsdeputation über-wiesen. Nächste Sitzung Mittwoch 10 Uhr Tagesordnung: Eisenbahn-anlagen, Interpellation Goldstein und Staatsschul-buchgesetz

Von Nah und Fern.

Aufklärung des Falles Krosigk?

Aus Braunschweig meldet dem Leipziger Tageblatt ein Privattelegramm: Dem Wernaer Beobachter geht aus dem Harzort Ellrich eine Zuschrift zu, wonach ein Tierarzt des Dragonerregiments in Gumbinnen auf dem Sterbe-bette eingeschlafen habe, daß er den Rittmeister v. Krosigk auf der Reitbahn erschossen hätte. Er habe das Geheimnis wegen der seinerzeit angeklagt und in erster Instanz auch verurteilt gewesen Unteroffizier Martens und Sergeant Fiedel nicht mit ins Grab nehmen wollen. Die Schwester des Rittmeisters v. Krosigk, Freifrau v. Spiegel, wohnt in Werna am Harz; auch liegt Rittmeister v. Krosigk in Bischofsroda am Harz begraben.

Die Berliner Polizei auf der Mörder-suche.

Ein seit einiger Zeit gesuchter Mörder, namens Hennig, wurde am Dienstag wunderbarerweise von einem Berliner Kriminalschutzmännchen entdeckt und verhaftet. Der Er-griffene ging zur Wache des 17. Reviers in der Wörther-strasse mit, zog aber unmittelbar vor der Tür seinen Re-volver aus der Tasche, und den Beamten niederzuschießen. Der Schuß verfehlte jedoch, weil der Verbrecher seine Waffe nicht entschirrt hatte. Blüchsenell nahm er jetzt den Re-volver und verfehlte damit dem Kriminalschutzmännchen einen wichtigen Schlag ins Gesicht. Dann entsprang er ihm und lief davon. Vor dem Hause Schönhauser Allee Nr. 28 schoß Hennig, ohne zu treffen, auf einen ihn verfolgenden Briefträger und lief dann in das Haus hinein, um über die Dächer zu entkommen. Unten im Hause warf er seinen Ueberzieher weg, in dem Ausweis-papier auf seinen Namen gefunden wurden. Sofort wurde die ganze Revierpolizei des Viertels aufgegeben und besetzte mit zahl-reichen Kriminalbeamten alle Häuser zwischen der Schön-hauser Allee, der Franck- und Wörtherstrasse. Gegen tausend Menschen sammelten sich an, um den Erfolg der gefährlichen Verbrecherjagd abzuwarten. Auf die Mit-teilung aus dem Publikum, daß man den Verfolgten nach der Tresckowstrasse zu über die Dächer habe laufen sehen, wurde vermutet, er sei durch ein Dachfenster nach dem Boden des Hauses Nr. 14 eingestiegen. Dieses Haus wurde von Revier- und Kriminalbeamten besonders stark besetzt und vergeblich abgesucht. — Wie Hennig es fertig gebracht hat, zu verschwinden, erzählt das Berliner Tage-blatt: Im Hause Tresckowstrasse Nr. 14, in das er durch eine Dachluke geklüpfelt war, eilte Hennig zu einem Schuh-macher, der ihn unter anderem Namen und als Klempner kennt. Ohne Aufregung von der furchtbaren Jagd zu verraten, borgt er sich unter einem Vorwande eine grün-liche Schürmühle — sie sei sehr praktisch, meinte er freund-lich —, eine blaue Bluse und grobe Filzhüte und geht nun hinaus vor die Tür. Schutzmännchensposten passiert Hennig, als ginge er zur Arbeit. In den Filz-schuhen sieht er aus, als sei er eben von sorglosem Schlaf aufgestanden. In Droschken und Automobilen und in ganzen Straßenbahnladungen kommen neue Beamte heran. Telegraph und Telephon vielen. Schlosser, Dachdecker und Schornsteinfeger werden herangezogen. Jeder Winkel wird durchsucht, aber der Mörder ist fort. . . .

Nach einer Mitteilung des Vorwärts ist Hennig am Dienstag abend auf der Prenzlauer Allee ergriffen worden.

Von der Volkszählung.

Berlin, 7. Februar. Nach den vorläufigen Ermitt-lungen des Ergebnisses der Volkszählung vom 1. De-zember 1905 beträgt die Bevölkerung des Reichs 37 273 782 gegen 34 472 509 am 1. Dezember 1900. Die Zunahme beträgt 8,13 Prozent oder durchschnitt-lich 1,57 Prozent pro Jahr.

Die Genickstarre.

Troppau, 6. Februar. Die Fälle an Genickstarre in Schlesien mehren sich derart, daß die Behörden sich ge-zwungen sehen, besondere Sanitätsmaßregeln zu er-greifen.

Der Befub.

Neapel, 6. Februar. Die Tätigkeit des Befubs dauert fort. Die Lavamassen haben die Bahnbahn auf drei Stellen überschritten. Im Laufe des Abends wurde noch eine vierte Stelle durch einen neuen Lavastrom bedroht, durch den auch der Bahnhof der Drahtseilbahn in Gefahr geriet. Die Lavamassen kamen jedoch zum Stehen. Für die Umgebung des Befubs besteht keine Gefahr.

Verantwortlicher Redakteur: F r i e d r i c h S e g e r in Leipzig. Druck und Verlag: Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft.

Hierzu zwei Beilagen.

# Wahlverein von L.-Stadt.

Dienstag, den 13. Februar, abends 7/9 Uhr

# Öffentl. Versammlung

im Volkshaus, Zeitzer Straße 32.

Tagesordnung: 1. Schutzoll und Raubzugspolitik. 2. Diskussion. 3. Mitteilungen des Vorstandes.

Referent: Reichstagsabgeordneter Genosse **Molkenbuhr** aus Berlin.

Zutritt ist jedermann gestattet.

[2618]

Der Vorstand.

## Arbeitervereine des Westens.

# Die Inhaber der Zykluskarten wollen beachten:

Der Vortrag über:

Aufzeichnung von Schallwellen und telephonischen Gesprächen (Telephonograph), Vorführung des neuesten Phonographen, von Herrn Ingenieur **Goldhahn**, Leipzig findet Montag, den 12. Februar, abends 9 Uhr, im Felsenkeller statt.

Eine Anzahl Karten (ca. 200) sind noch zu vergeben. — Eintritt 20 Pfg.

Die Karten zum Salzer-Vortrag können dort entnommen werden.

2594]

D. V.

## Kulmbacher Bierstube Nr. 3

(früher Hölle), Hainstrasse 3.

Hierdurch einem verehrten Publikum, insbesondere den bisherigen Gästen, allen werten Freunden und Bekannten die ergebene Anzeige, daß ich obiges Lokal übernommen habe. Ich werde stets bemüht sein, die mich besuchenden Gäste durch Verabreichung guter Speisen und Getränke aufs Beste zu bedienen und mir dadurch das in meiner früheren Bewirtschafung erworbene Vertrauen auch fernerhin zu erhalten.

Hochachtungsvoll **H. Knoth**, früher Lerchenschänke.

Ausschank der Ersten Kulmbacher Aktienbrauerei u. echt Döllnitzer Gose.

## Metallarbeiter-Verband

Geschäftsstelle: Leipzig, Liebigstr. 3, p.

Telephon: 3784.

Bureauzeit: Vormittags 8—9 Uhr Sonnabends ist das Bureau mittags 12-1, abends 5-8 bis 8 Uhr geöffnet.

## Konsum-Verein Vorwärts für Schkeuditz

u. Umg. — E. G. m. b. H.

[2601]

Montag, den 5. März, abends 8 1/2 Uhr

## General-Versammlung

im Lindenhof.

Anträge der Mitglieder müssen spätestens am 28. Februar beim Vorstand eingereicht sein.

Der Vorstand:

Conrad Müller, Paul Gübler, Max Schülze.

## Magen-, Darm-, Nierenkranke

empfinden als große Wohlthat den Genuß des alkoholfreien **Ohnegor-Bräues I** — 15 Flaschen 3 Mark.

[2607]

Telephon 397. **C. G. Canitz**. Telephon 397.

**Elektra-Kerzen**, beim Aufsteigen leicht beschädigt, der Dichtung 50, 75, 85, 110 Pfg., rinnen nicht, tadelloser Brand. Hier: Gebr. Schwarz, Drogerie, Markt.

Reichsstr. 6

Tischdecken  
Läufer  
Linoleum  
Felle

**Teppiche**

Mit kleinen Webfehlern bis zur Hälfte des Wertes

Scholz & Jeschal

## M. Kemski

6 Nürnberger Straße 6



- 1 neue Uhr-Feder, 1. Güte 75 Pfg.
- 1 neue Uhr-Kapitel . . . 10 Pfg.
- 1 neues Uhr-Glas . . . 10 Pfg.
- 1 neuer Uhr-Ring . . . 10 Pfg.
- 1 neuer Uhr-Zeiger . . . 10 Pfg.
- 1 neuer Uhr-Schlüssel . . . 5 Pfg.

## Neue Uhren

in größter Auswahl, genau reguliert.

Abonnenten erhalten noch 10% Rabatt.

## Jugend schön

macht ein zartes, reines Gesicht, rosige, jugendliches Aussehen, welche, sammelt welche Haut und blendend schöner Teint.

Alles dies erzeugt die echte: **Stedenpferd-Lilienmilde-Seife**

v. Bergmann & Co., Radebeul mit Schutzmarke: Stedenpferd.

4 St. 50 Pfg. in der

Engel-Apotheke, Markt 12

Albert-Apotheke, Emilienstraße 1

Salomon-Apotheke, Grimmelstraße 17

Hirsch-Apotheke, Grinn. Steinweg 28

Aumann & Co., Neumarkt 12

Max Hilbert, Eisenbahnstraße 55

Paul Röhl, Grimmelstraße 17

L. Heisterbergk, Johannisplatz 10

Carl Stück Nf., Petersteinweg 2

Volkmarsdorf: Otto Haackelberg

Plagwitz: Sophien-Apotheke

do. Friedens-Apotheke

do. Ernst Noa, Drogerie

Reudnitz: H. Rumpff, Dresdner Str. 86.

Gohlis: Stern-Drogerie.

## Ein Gebiss

und zwar ein vollständiges und brauchbares, ist unbedingt zum Fortwachen und Verdauen der Speisen nötig und sind Krankheiten, besond. des Magens, nur auf ein mangelhaftes Gebiss zurückzuführen. Wenn nun seine Gesundheit lieb ist, der lasse seine fehlenden Zähne durch künstl., der Natur wieder vollständig entspr., ersetzen, u. werde sich deshalb an den schon jahrelang hier am Plage bestbekannt. Spezialist für künstlichen Zahnersatz

## Karl Ludewig

nur Nürnberger Straße 2, I.

am Johannisplatz, Tel. 7048

Persönliche Behandlung.

Jede Reparatur zerbroch. Kaufaufglatten

nur 1.50 Mark.

## Bettfedern, Dauen, Saletts

in großer Auswahl, billige Preise (extra 5 Prozent Rabatt), auch Bettfedern-Reinigungs-Anstalt u. Inlettwäsche (Abholen d. Betten u. Zustellung frei Haus) empf. **Heinrich Panhans**, Reudnitz, Gemeindefstraße 40. Telephon 6235.

# Felsenkeller

L.-Plagwitz.

Morgen Donnerstag, den 8. Februar

## Konzert und Ball.

Ergebenst ladet ein

[2602]

Wilhelm Canitz.

**Bauern-**  
Büchel der Originalität.

am 1. Febr. **Bock-**

Täglich unter allgemeiner

**Völkerschlacht**

Das hohe Lied vom Bockbier,

**Bockbier-**



**Schänke**  
Nikolaistr. 5.

**Rummel**

Mitwirkung der Gäste:

bei Leipzig

melodramatische Handlung!

**Singsang!**

**Erlanger Brauhoft**, Katharinenstrasse 20.  
Heute und morgen  
Grosses Bockbierfest. Hauskapelle Sterzelino  
Hubschank des hochfeinen Bockbieres „Sensationator“.  
Rüde in bekannter Güte. [2593] Herm. Günther.

## Knorpelschänke, Ecke Arndt- u. Kochstrasse.

Freitag, 9., Sonnabend, 10., Sonntag, 11. Februar

**f. Zwenkauer Bockbier.**

Rettlich gratis. f. Bockwürstchen.

Es ladet ergebenst ein Paul Walburg.

## Konsumverein Plagwitz u. Umg.

(E. G. m. b. H.)

## Abteilung für Fleischwaren

empfehlen geehrten Wirten und Restaurateuren

## f. Bockwürste

täglich mehrmals frisch, à Paar 20 Pfennig.

Bestellungen **Connwitz, Frohburger Str. 33.**

erbitten nach

Ein altbewährtes Hausmittel  
**Wacholdersaft**  
zur Stärkung des Magens  
zur Reinigung des Blutes  
Garantirt rein aus Gebirgs-  
Wacholderbeeren per 1 Pfund-  
Glas M. 1.20, per 1/2 Pfund  
65 Pfg. echt erhältlich:

Reform-  
haus **PHALYSIA**

Neumarkt 40; Südstrasse 38; Cuvitzsch; Quer-  
strasse 2; Gohlis: Balleische Strasse 81; Cindena: u.  
Gundorf Strasse 13; Plagwitz: Mühlstr. 11;  
Reudnitz: Cäcilienweg 79; Thonberg: Stöckeritzer  
Strasse 23; Volkmarsdorf: Eisenbahnstrasse 9b;  
Oetzsch: Mittelstrasse 14.

Dank.  
Für das uns bewiesene Wohlwollen während unserer Tätigkeit in Bientan sagen wir allen aufrichtigsten Dank. [2568] Achtungsvoll Familie Grose.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme beim Hinscheiden unseres teuren Entschlafenen, des Buchdruckers **Friedrich Hunger** sagen wir allen, welche seinen Sarg mit Blumen schmückten, sowie für Begleitung zur letzten Ruhe unsern herzlichsten Dank. [2592] Die trauernden Hinterbliebenen.

**Monatsgarderobe**  
**J. Kindermann, Salzgässchen 9, I. am Markt und Rathaus.**  
Empf. in reich. Ausw. aller Winter- resp. Frühj.-Pal., kompl. Anz. aller Fass. u. Welt. Eleg. Frack u. Gesellschafts-Anz., a. Leibw.

**Harn-Untersuchungen**  
bisfret und gewissenhaft durch **Franz' Anstalt, Blücherstr. 11.**

Schnell und unerwartet starb am 5. Februar mein lieber Mann, unser guter Vater **Karl Ernst Böfelt**. R. Kleinwachter, b. 6./2. 1906. Die trauernde Familie Posselt. Die Beerdigung findet Donnerstag, 7./2. Uhr, 11 Uhr, abends 7 Uhr statt.

Den Parteigenossen zur Kenntnis, daß unser langjähriger Genosse **Wilh. Friedr. Hoffmann** am Montag, den 5. Februar, abends 6 Uhr im Alter von 83 Jahren gestorben ist. Alle, die Vater Hoffmann, welcher seine Pflicht bis ins hohe Alter hinein getan hat, kannten, werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren. **Der Vertrauensmann von L.-West.** Die Beerdigung findet Freitag, vormittags 9 1/2 Uhr, vom Trauerhause, Lindenau, Georgstr. 12, aus statt. Die Genossen, die sich daran beteiligen wollen, treffen sich 7 1/2 Uhr bei Glanngmann, Markt 27.

Am Montag abend 6 Uhr verstarb unser alter Parteigenosse **Wilhelm Friedrich Hoffmann** im Alter von 83 Jahren. Durch seine unermüdete Tätigkeit für unsere Sache bis ins hohe Alter hinein hat er sich die Achtung aller Genossen erworben. Wir werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren. **Die Parteigenossen von Lindenau.** [2597]

**Politische Heberstift.**

**Das ungarische Zwischenspiel.**

Aus Wien wird uns geschrieben: Wieder einmal ist zwischen der ungarischen Opposition und der Krone der Friedensschluß versucht worden, an der gegenseitigen Prinzipientreue aber gescheitert. Der König hält an seinem Standpunkt fest, daß er in der Sprachenfrage keine Konzession machen könne, und ebenso die Koalition. Beide Teile haben dies zwar vorher schon gewußt, nichtsdestoweniger wurde beiderseits die Komödie wiederholt, die schon früher aufgeführt wurde. Die braven Oesterreicher sollen sehen, daß ihr Kaiser den unbotmäßigen Magyaren gegenüber der alte schwarze gelbe Herr bleibt; und die Ungarn sollen erkennen, daß ihre Parlamentarier nach wie vor dem österreichischen Stier die Stirne zu bieten entschlossen sind. O, es sind unübertreffliche Komödianten!

Die Magyaren haben keinen Grund, sich mit dem Friedensschlusse zu beileiden. Sie sehen, daß ihnen bloß der ungarische König mit seiner militärischen Kamarrilla gegenübertritt. Wer in diesem versumpften Oesterreich kümmert sich um den Konflikt der Krone mit Ungarn? Kein Mensch! — Außerdem sehen die Magyaren, daß die Schwierigkeiten und Verlegenheiten für sie zwar groß, für die Krone aber noch größer sind. Die innerpolitischen Kämpfe, der Konflikt mit Serbien, die kritischen Verhältnisse auf dem Balkan, all das — so hoffen sie — wird ihnen die Kronen in die Arme treiben. Zum dritten: Wenn die Magyaren jetzt schon den Paß mit der Krone schließen, müssen sie auch die Zoll- und Handelsverträge in den Kauf nehmen und damit auch das Odium, das diesen Dingen anhaftet. Wenn sie aber schon die Erfüllung ihrer militärpolitischen Forderungen vertragen müssen, dann wollen sie wenigstens auf wirtschaftlichem Gebiete einen Erfolg aufweisen können. Ganz ohne Beute aber dürfen sie ihren Wählern nicht kommen. Erstens ist der Wettbewerb unter den Koalitionsparteien zu groß, eine auf die andre eiferluchtig und in gegenseitiger Furcht befangen; und zweitens würde ein völliger Mißerfolg nur Wasser auf die sozialistischen Mühlen treiben. Man trachtet also, die Entscheidung hinauszuziehen. Nach dem 1. März, wenn die wichtigsten Handelsverträge in Kraft getreten sein werden, ist die Situation anders. Man wird vor einer vollendeten Tatsache stehen und braucht deshalb das Odium der Verträge, die Ungarn nicht als selbständigen vertragsschließenden Teil erscheinen lassen, auf sich zu nehmen. Man hat dann wenigstens das Prinzip gerettet und sich gegenüber den Wählern nichts vergeben. Man kann dann über die wirtschaftliche Zukunft leichter disponieren, und auch in der Militärfragenfrage bedeutet ein Aufschub nur Gewinn. Schreiet der König auch formell zum absolutistischen Regime: Eljen! Dann kann man wieder den wilden Turbulenzen spielen!

Und so wird es kommen: Der ungarische Reichstag wird aufgelöst werden. In der absolutistischen Periode wird dann die Zauberkraft des allgemeinen Wahlrechts, von der ungarländischen Sozialdemokratie zum entscheidenden Faktor erhoben, den Sieg herbeiführen. Der notwendige Appell an die Wähler, wird die Krone wie die Opposition überzeugen, daß nicht die Frage, ob Dualismus oder Personalunion, sondern daß das allgemeine Wahlrecht das Vorrrecht besitzt vor allen militär- und wirtschaftspolitischen wie dynastischen Wünschen.

**Deutsches Reich.**

**Parlamentärsbrief.**

**Aus dem Reichstage.**

Berlin, 6. Februar. Mit einem beschämenden Akt begann die heutige Sitzung, auf deren Tagesordnung in erster Linie die sozialdemokratische Interpellation über das Unglück auf der Grube Borussia stand. Die Regierung lehnte die Beantwortung ab mit der famosen Ausrede, es handle sich um eine preussische Angelegenheit. Im Dreiklassenparlament, wo längst noch ausschließlich der Vergessenenrolle mit den Bergarbeitern Schindluder gespielt worden ist, dort wird die Regierung Rede und Antwort stehen. Genosse Singer beantragte trotz der ablehnenden Stellung der Regierung die Besprechung der Interpellation, die aber nur erfolgen konnte, wenn 50 Mitglieder dafür stimmten. Aber diese 50 Mann fanden sich nicht, trotzdem Zentrum, Freisinnige und — natürlich die Sozialdemokraten für die Besprechung stimmten. Die Verlesung des Hauses war direkt miserabel, und die Wahrheit verlangt es zu sagen, auch unsere Genossen waren sehr schwach vertreten. Nur so war der beschämende Akt möglich, der in der Parteipresse sicher noch zu einem Nachspiel führen wird. Allerdings, auf die Ablehnung vom Regierungssitz aus, war man im Hause wohl nicht gefast gewesen. Viele der Mitglieder, die bis 1 Uhr in den Kommissionen gearbeitet hatten, sahen beim Mittagbrot; sie rechtzeitig zu rufen, war nicht mehr möglich. Aber auf die dauernd trostlose Besetzung des Hauses warf dieser Vorgang ein großes Schlaglicht.

Die Fortsetzung der sozialpolitischen Staatsdebatten war lebhaft. Graf Kautz, der Oberregisseur und Schauheilige der wüsten Lebensmittelmischererei, geriet sich in den blödesten Angriffen auf das bisherige deutsche Sozialreform, weil — für die Unternehmers die Last zu groß sei. Er behauptete, die Sozialreform wirke demoralisierend auf die Arbeiter, weil diese vom Staat eine Rente haben wollten. Und das wagt ein preussischer Junker zu sagen, dessen Kasse seit Jahrzehnten auf Kosten der Allgemeinheit ein Schwarzerloberleben führt.

Graf Posadowsky legte mit einer längeren Rede ein, in der er die Verrechnung der Gewerbesteuer als notwendig angesehen, für das Jahr 1907 einen Gesetzesentwurf zur Vereinfachung der Besteuerungsgebarung in Aussicht stellte und die bekannte Tatsache aussprach, daß viele Gemeinden systematisch arme Arbeiter zum Wegzug nötigen, bevor die armen Teufel den Unterstützungswohnplatz in den Gemeinden erlangt haben. Die weiteren Ausführungen Posadowskys lieferten, wie schon so oft, den Beweis, daß in diesem Mann der Junker und Bürokrat mit dem Fleißigen und oftmals auch einsichtigen Sozialpolitiker um die Oberhand rufen. In seiner heutigen Rede herrschte zuerst der Sozialpolitiker vor, zum Entsetzen aller Junker behauptete er, Deutschland verplane seinen beispiel-

losen industriellen Aufschwung in erster Linie der Tätigkeit der deutschen Arbeiter und nur Leute, die auf einem einseitigen Interessenstandpunkt stehen, können glauben, die deutschen Arbeiter werden sich von ihren Versprechungen zur Hebung der Lebenslage abhalten lassen.

Diesen vernünftigen Ansichten folgte eine höchst unvernünftige Sozialistenpanne. Die deutsche Sozialreform und das Doppelverleihen Posadowskys, sie gleichen sich aufs Haar. Auf eine zarte sozialpolitische Auswallung folgt immer eine lange Periode reaktionärer Rückschritt, oder mindestens eine Periode der Unfähigkeit, die das spärlich Begonnene wieder verkümmern läßt.

Wie es mit der deutschen Sozialreform in Wahrheit bestellt ist, das zeigte in einer zweifelhafte wuchtigen Anklagerede der Baroness Husl Selbst die hartgesottensten Mitglieder und Scholobaronen schien dabei so etwas wie Schuldbehauptung zu packen, denn sie wagten kaum ein Wort des bei ihnen sonst so billigen Protestes. Was die parlamentarische Vertretung der deutschen Arbeiter im Reichstag über die viel gepriesene Sozialreform und die traurigen sozialen Zustände in Deutschland zu sagen hat, ist aber mit den Reden der Genossen Fischer, Stauden und Quas noch nicht erschöpft: Die nächsten Beratungstage werden noch eine schwere Fülle Anklagematerial zutage fördern.

**Werkel Intrigen**

Werden anschließend wieder einmal in gewissen „maßgebenden“ Kreisen Preussens gesponnen. Neben der Frankfurter Zeitung, deren Vertreter Stein sehr lange Ohren hat, meldete kürzlich auch das führende Organ der Agrarier, die Deutsche Tageszeitung, den bevorstehenden Rücktritt Bobdelests. Die Deutsche Tageszeitung ist das zweifelhafte deshalb, um den ihr begrifflichweise höchst sympathischen Minister gerade durch die öffentliche Besprechung seines möglichen Rücktritts zu stützen — man weiß so seit langem, daß Erwägungen so elementarischer Art bei preussischen Ministerwechseln eine große Rolle spielen. Der, dessen Rücktritt vorher öffentlich angekündigt wird, bleibt gewöhnlich im Amt — nun gerade! Heute kommt das Agrarierblatt noch einmal auf die Sache zurück, indem es in dunklen Andeutungen sich also vernehmen läßt:

Sollte übrigens, was wir immer noch bezweifeln, der Rücktritt erfolgen, so würde er mit der Politik, insbesondere mit der Stellung der Regierung zur Frage der Fiskalmot nicht das Gerühmte zu tun haben, sondern auf andere, außerhalb der eigentlichen agrarpolitischen Sphäre liegende Gründe zurückzuführen sein.

Als sorgfältige Chronisten können wir nicht an einem Gerüchte vorübergehen, das heute in parlamentarischen Kreisen aufzuatmen und vielfach erörtert wurde. Danach soll der derzeitige Oberpräsident des Innern Dr. Wenzel über kurz oder lang als Nachfolger des Landwirtschaftsministers Herrn von Bobdelest in Aussicht genommen sein. Man erinnert sich, daß Herr Dr. Wenzels Kandidatur schon nach dem Hincheiden des Herrn v. Hammerstein für den Posten des Ministers des Innern bekanntermaßen ernstlich in Frage kam. Wenn auch vielleicht angenommen sein dürfte, daß der Oberpräsident von Hannover nicht abgerufen sein würde, ein etwa freilagerndes Ministerium zu übernehmen, so können wir doch kaum glauben, daß er den Anforderungen eines so schwierigen Ministeriums wie desjenigen für Landwirtschaft gewachsen sein dürfte. Die Fähigkeiten des genannten Herrn liegen jedenfalls auf anderen Gebieten.

Die tägliche Mundschau, die sich seit den Tagen um den 21. Januar herum und seit der Dekorierung ihres Nippel auch gern offiziell gebildet, verkündet der Welt, daß Bobdelest in diesem Augenblicke nicht zurücktreten werde.

Auch wir würden, gleich der Deutschen Tageszeitung, wenn auch aus ganz anderen Gründen, den als Minister amtierenden Schweinehändler nur höchst ungern von der Bildfläche verschwinden sehen. Ist er doch die denkbar beste Verkörperung des herrschenden Kurzes. Hoffen wir also, daß er sich durch keine Kaufsache der Welt vor seinen Ministerbauch stoßen läßt!

**Die Handrollesteuer für die Zigarettenindustrie**

ist von der Steuerkommission des Reichstags beschlossen worden. Zentrum, Nationalliberale, Konservative und Antisemiten haben einen Gesetzesentwurf zusammengemogelt, dessen §§ 1 und 2 folgendes bestimmen:

Die Kommission wolle beschließen:  
An Stelle der §§ 1 bis 18 der Anlage 3 treten folgende Vorschriften:

- § 1.  
An Eingangszoll ist zu erheben für 1 Doppelzentner:  
1. feingehackten Tabak . . . . . 800 Mk.  
2. Zigaretten . . . . . 2000 "

Außer den auf Grund des Tabaksteuergesetzes von dem verwendeten Tabak zur Erhebung gelangenden Abgaben unterliegen der im Inlande geschmiedete Zigarettentabak und die im Inlande hergestellten Zigaretten einer besonderen in die Reichssteuerklasse stehenden Steuer, die beträgt:

1. für Zigaretten:  
a) im Kleinverkaufspreise bis zu 10 Mk. das Tausend 1 Mk. für 1000 Stück,  
b) im Kleinverkaufspreise über 10 Mk. bis 20 Mk. das Tausend 2 Mk. für 1000 Stück,  
c) im Kleinverkaufspreise über 20 Mk. bis 40 Mk. das Tausend 6 Mk. für 1000 Stück,  
d) im Kleinverkaufspreise über 40 Mk. bis 80 Mk. das Tausend 10 Mk. für 1000 Stück,  
e) im Kleinverkaufspreise über 80 Mk. das Tausend 12 Mk. für 1000 Stück;  
2. für Zigarettentabak:  
a) im Kleinverkaufspreise über 2 Mk. bis 3 Mk. das Kilo 0,20 Mk. für 1 Kilo,  
b) im Kleinverkaufspreise über 3 Mk. bis 5 Mk. das Kilo 0,80 Mk. für das Kilo,  
c) im Kleinverkaufspreise über 5 Mk. bis 8 Mk. das Kilo 1,60 Mk. für 1 Kilo,  
d) im Kleinverkaufspreise über 8 Mk. das Kilo 2,00 Mk. für 1 Kilo.

Als Zigarettentabak im Sinne dieses Gesetzes gilt aller feingehackte Tabak, der im Kleinverkauf mehr als 2 Mk. das Kilogramm kostet.

Als Kleinverkaufspreis gilt der Warenpreis einschließlich der Steuer.  
Der Bundesrat ist ermächtigt, Tabakerzeugnisse von der Art und Form der Zigarette, bei denen das Papierbedeckblatt fehlt, der gleichen Steuer zu unterwerfen.

Der Abg. Held (nat.-lib.) begründete diesen Entwurf mit dem Hinweis, daß Mittel gesammelt werden müßten zur Finanzreform und daß diese Art der Besteuerung die praktischste und durchführbar sei. Genosse Geuer rügte, daß dieser Entwurf erst jetzt in die Hände der Kommissionsmitglieder gelangt sei, aber auf den ersten Blick zeige sich, daß er höchst leichtfertig zusammengewürfelt (Ordnungsruß) und unpraktisch sei. Weber die Schnittstärke des feingehackten Tabaks, noch der Ertrag der

Handrollesteuer sei angegeben worden. — Die sozialdemokratischen Kommissionsmitglieder beantragten, den neuen Entwurf zunächst dem Plenum zur Beratung zu überreichen. Wolfenbutter wies sachmännlich nach, daß die neuen Bestimmungen für ihr Ziel nicht durchreichend sind. Man solle die Schnittstärke des Tabaks gemessen werden, vor oder nach der Trocknung? In beiden Fällen sei die Schnittstärke verschieden. Auch der Rauchtabak, fernur der schwarze knaue Tabak, der von Seekauten gesamt werde, würde hat Letzteren, ebenso der Pastorentabak, Abg. Held erklärte, daß man er hätten an der Vorlage mitgearbeitet. Die Schnittstärke des Tabaks sei mit 3 Millimeter angenommen der Ertrag des Gesetzes werde 15 Millionen ergeben. Wiemer (freis.) ist grundsätzlich gegen die neue Steuer, während Dittich (kons.) die Steuer für praktisch hält. Der Direktor im Reichsbroschensamt Mühs erklärt, die Regierung habe noch nicht Stellung genommen, aber sie stimme einer Änderung, als der von ihr vorgeschlagenen Steuer zu, wenn sie denselben Ertrag ergebe, wenn sie keinen starken Rückschlag des Konsums zur Folge habe und wenn sie die Fabrikation nicht zu sehr belästige. Manche Bedenken seien durch Nachmänner behoben, Fabrikanten seien dafür; Veränderungen könnten noch eintreten, Genosse v. Elm bezeichnet den Entwurf als ein Gesetz zur Verächtlichung der Kleinindustrie. Die Kontrolle verleihe ein Buchhaltungsproblem über die Fabriken. Meiner setzt dies am amerikanischen System auseinander. Die Kosten zur Ausführung würden groß sein. Der Widerspruch zeigte sich darin, daß der feingehackte Tabak hier mit 800 Mk. im Tabaksteuergesetz mit 800 Mk. belastet werde; was gelte nun? Elm bekommt ebenfalls einen Ordnungsruf, als er sagte, es sei unfair, wie die Abgeordneten mit diesem Antrag überfallen worden seien. Müller-Zulda (Cent.) und Wolf (Antif.) treten für den neuen Entwurf ein, während die Genossen Maden, Schmalfeld, v. Elm, Geuer sowie der Freisinnige Wiemer ihn bekämpfen. Geuer konstatierte, daß man die drei Vertreter des Zigarettenunternehmerverbandes vom Korridor fortgewiesen habe, wo diese Herren sich aufhielten, um sofort fragenden Abgeordneten sachmännlich Auskunft geben zu können. Die Regierung und Geheimkommission habe sich Winkelfabrikanten als Gutachter herangelassen, sie umgehe die Unternehmerorganisation, während sie umgekehrt handeln müßte. Elm fragt an, wer die Begleitung der Herren vom Korridor verflügt habe, erhält aber keine Antwort.

Bei der Abstimmung wird ein Antrag Wiemers, die Beratung über das Zigarettengesetz auszusetzen, bis die übrigen Steuerentwürfe die erste Lesung passiert hätten, gegen die 8 Stimmen der Sozialdemokraten und Freisinnigen abgelehnt.

Die Regierungsvorlage (Papiersteuer) wird mit 11 Stimmen außer der des Abg. Dittich, der sich der Stimme enthält, abgelehnt. § 1 der Handrollevorlage wird gegen neun Stimmen (Sozialdemokraten, Freisinnige und Polen) angenommen. Dann folgt die Beratung des § 2, bei der Geuer feststellt, daß der inländische Tabak nach dem vorletzten Absatz ebenfalls belastet wird — die Konservativen schienen das gar nicht bemerkt zu haben. Ferner greife der letzte Absatz auf die Zigarettenindustrie über, da Zigaretten und Zigarettenfabrikanten darunter gefaßt werden könnten. Die Kommission bliamere sich, wenn sie einen so unfertigen Entwurf vor das Plenum bringe.

Der § 2 wurde trotzdem mit derselben Stimmenmehrheit angenommen wie § 1.

**Ein Prozeß Hilger-Krämer im Harz.**

Die Bergleute in den fiskalischen Bergwerken rühren sich. Lange genug hat ihr allbekanntes und sprichwörtliches Elend und der terroristische Druck von oben jeden Erfolg gewerkschaftlicher Bemühungen vereitelt; nun ist der Wonn gebrochen. Der Deutsche Bergarbeiterverband beginnt auch in diesem Mutterrevier des sozialen Staates seinen Einzug zu halten, natürlich nicht, ohne zugleich den Staatsanwalt auf den Plan zu rufen. Vater Staat und seinem Anwalt scheint es nach nicht weniger als nach einer Sarzer Neuaufgabe des Prozeßes Krämer zu gelassen, bei dem im Saarrevier Herr Hilger auf der Strecke geblieben ist. An die Sarzer Bergarbeiter wendet sich ein Flugblatt, das am vorigen Sonnabend durch vierzig Genossen in den Bergorten Clausthal und Zellerfeld verbreitet worden ist und worin die „Bergknappen des Königs“ unter ziffermäßiger Darstellung ihrer hundertelenden Lage zum Anschluß an die Organisation aufgefordert werden. Die Verbreitung der Blätter war „im Nu“ getan, ein paar übrig gebliebene Exemplare wurden die Beute des Staatsanwalts. Dieser begnügte sich jedoch nicht mit der Beschlagnahme des äußerst gefährlichen Papiers, sondern erwirkte gleich die Verhaftung zweier Hauptverbrecher, der Genossen Schrap und Rosenthal. deren Hauptverbrechen scheint darin zu bestehen, daß in dem Flugblatt die Wahrheit über das Sarzer Bergarbeiterelend gesagt ist. Begreiflich, daß das die Ehre der königlichen Bergwerksverwaltung in Clausthal stark angreift. Natürlich konnte unsern Genossen kein größerer Gefallen erwiesen werden, als es mit dieser Prozedur geschieht, die durch die gänzlich unmotivierten Verhaftungen so wirkungsvoll eingeleitet worden ist. Wenn es zu einem „Prozeß Krämer“ im Harzrevier kommen soll, so kann die Öffentlichkeit sich auf schauerhafte Enthüllungen gefaßt machen, gegen die selbst die gerichtsunterstützte Staatsklaverei und Besinnungsplionage in Saarabien noch verblissen würden.

Gegen welche Zustände sich der gewerkschaftliche Kampf im Harzrevier richtet, dem der preussische Massenstaat nicht anders als durch seine Justiz zu begegnen weiß, das zeigen schon die amtlichen Lohnnachweise. Danach betrug der Durchschnittslohn im Jahre 1905 in den Erzbergbaurevieren Mansfeld 3,21 bis 3,28 Mark pro 8 1/2stündige Schicht, Siegen-Rassau 3,02 bis 3,11 Mark pro 7,8stündige Schicht, sonstige reichsdeutsche 2,87 bis 2,98 Mark pro 7,7stündige Schicht, linksrheinische 2,52 bis 2,59 Mark pro 8,2stündige Schicht, Osthartz 2,37 bis 2,38 Mark pro 9,5stündige Schicht.

Ist schon die Lage der Bergarbeiter im Allgemeinen nicht rosig, so beweisen diese offiziellen Ziffern, daß sich die Sarzer Bergarbeiter am elendsten sehen. Dafür haben sie auch die längste Arbeitszeit und sind einer Behandlung und Gängelung ausgesetzt, die, wenn auch nur ein Teil der darüber berichteten Tatsachen zutrifft, den verflochtenen Saarabensfürst Hilger als den reinen Waisentoben erscheinen lassen würden. Ein Saarabienprozeß tut in dem königlichen Arbeiterrevier im Harz längst dringend not. Der bürgerlichen Welt, die bisher im Harz nur ihre Nüchlein gepflegt und ihr Geld verjagt hat, könnte für einen Augenblick die Augen geöffnet werden über das tausendfältige Elend, das hier ihr mühsiges Dasein umgibt, und das Organisationswert, das allein Befreiung aus diesem Elend bringen kann, würde eine mächtige Förderung erfahren. In dem dunkelsten Revier des sozialen Königreichs will es nicht werden!

Im preussischen Volksparlament schloß die Wahlrechtsdebatte am Dienstag mit einer Rede des freisinnigen Volksparteilers Goldschmidt ab, der sich einen Ordnungsruf holte, als er sagte, daß die Dreiklassensystem mache Preußen vor der ganzen Welt lächerlich. Die übrigen Parteien hielten es überhaupt nicht der Mühe wert, sich mit dem Wahlrecht noch weiter zu beschäftigen.

Koloniale Perspektiven. Bei der Beratung des dritten Nachtrags zum Etat für Ostafrika, der 2 407 875

Mark fordert, teilte gestern der Kolonialdirektor Prinz Hohenlohe in der Budgetkommission des Reichstags mit, daß darauf Wert gelegt werden müsse, das fremdländische farbige Element in der ostafrikanischen Schutztruppe erheblich stärker zu bemessen. Der Gouverneur weise nämlich auf die Möglichkeit einer Vereinigung aller Regerstämme hin, die sich heute teilweise noch feindlich gegenüberstehen. Im Falle einer solchen Koalition der Negervölker sei doch schließlich die Zurechtweisung und Treue der eingeborenen Soldaten zweifelhaft. Der Gouverneur von Ostafrika will also heute schon Vorkehrungen für einen großen zukünftigen Kolonialkrieg treffen, der aus der Koalition der Negervölker entstehen kann. Die deutsche Kolonialpolitik eröffnet immer schönere Aussichten.

Auch die bekannte Denkschrift rechnet übrigens noch mit langer Dauer des Aufstandes in Südwestafrika. — Aus Kamerun werden der Frankfurter Zeitung mehrere Fälle skandalöser Übergriffe gemeldet, die sich hohe deutsche Beamte und Kaufleute schwarzen Frauen gegenüber haben zuschulden kommen lassen. Bestrafung ist in keinem Falle zu erreichen gewesen.

In Hamburg ist jetzt, nachdem die Wahlrechtskräuter ihre Reue in Sicherheit gebracht haben, die Polizei so gnädig, wieder Versammlungen zu gestatten. Dienstagabend fanden von unserer Partei veranstaltete Protestversammlungen gegen die neuen Reichssteuern statt, an denen sich nach bürgerlichen Meldungen ca. 16 000 Arbeiter beteiligten. Die Versammlungen verliefen ruhig.

Vor dem Hamburger Schöffengericht hatte sich Genosse Ziner, der eine der großen Versammlungen am Nachmittage des 17. Januar geleitet hatte, wegen Veranlassung eines Unzuges zu verantworten; er wurde aber freigesprochen.

Überaus zahlreich besuchte Massenversammlungen protestierten gestern Abend in Berlin gegen die neuen Steuern.

Agarier und Erbschaftsteuer. Die Plenarversammlung des Deutschen Landwirtschaftsvereins beschäftigte sich gestern weiterhin mit der Frage der Erbschaftsteuer. Die meisten Redner bekämpften den Entwurf mit scharfen Worten. Es wurde mit allen gegen acht Stimmen beschlossen, die Ablehnung der Vorlage zu fordern. Eventualwünsche für den Fall der Annahme der Vorlage wurden verworfen.

Zum Protest gegen das preussische Schulverfassungsgesetz traten in Frankfurt a. M. am Montag 200 Personen aus der Straße aus.

**Bom Flottenrummel.** Aus Dortmund schreibt man uns: Es ist doch kein Schwindel zu dumm und abgenutzt, als daß er nicht bei Gelegenheit immer von neuem verucht würde. So zirkuliert jetzt bei den Arbeitern der Rheinischen Stahlwerke, in Weiblich eine Petition an den Reichstag, in der er aufgefordert wird, eine möglichst starke Flotte zu schaffen; was jetzt zu schaffen beabsichtigt sei, sei völlig ungenügend. Natürlich geschieht das Unterschreiben der Petition „ganz freiwillig“. Man kennt das ja! Die Arbeiter sagen sich aber: wenn wir nicht unterschreiben, dann fliegen wir! Vielfach hat sich der Arbeiterschaft eine große Erregung bemächtigt. Aber was wollen sie tun? Ja, wenn die Herbspillierung und Verbummungsberei der Pfaffen nicht wäre! Die erleichtert den Schlotjüngern die Arbeit, macht einen beträchtlichen Teil der Arbeiterschaft zu willigen Sklaven. Und darum werden viele Arbeiter unterschreiben, wenn auch die meisten Intrigand und mit der geballten Faust in der Tasche. Wir aber wollen mit dieser Feststellung den unverkündeten Schwindel rechtzeitig entlarven.

Es ist natürlich kein Zufall, daß sich gerade die Flottenbesitzer, die Stahlwerke, die Krupp und Konsorten so sehr für eine starke Flotte begeistern.

**b. Vom Geschäftspatriotismus.** Der Geschäftspatriotismus treibt aus Anlaß der Silberhochzeitfeier Wilhelm II. und seiner Frau die uppigsten Blüten. Besonders eifrig ist die „Kunstanstalt Joseph Koll“ in Oberhausen (Rheinland). Wir hatten Gelegenheit, Einsicht zu nehmen in ein Schreiben, das dieser Herr verfaßt hat. Es lautet wortgetreu:

„Ich gestatte mir hierdurch ergebenst, Sie auf eine große Neuheit aufmerksam zu machen: Ein hochelant ausgeführtes Bild zur Silberhochzeit unfres Kaiserpaars nach dem Entwurf von H. Göhl, so wie in modernster Ausstattung in 6 Farben druck entworfen von dem Künstler Hugo Steiner in Prag. Umgeben von duftigen in Silberblüten strahlenden Orientkranz, bietet uns das Kunstblatt in der Mitte ein Bild unfres lieben Herrscherpaars. Der Kaiser mit erstem Bild weit hinausschauend unter dem Adlerhelm des Gardebucorpuniform, die Kaiserin mit Anmut und Milde mit dem Diadem und Schleier gegiert. Ueber dem Paare schweben zwei Engel (!) mit deutschen und preussischen Farben dekoriert. (!) Sie halten die Krone des Deutschen Reiches (!) empor, unter welchem in einem Bande der Glückwunsch angebracht ist: „Gott unserm Kaiserpaar im Silberkranz.“ Unter dem Bild leuchtet zwischen Werten und flatternden Wimpeln der 27. Februar 1881—1906 hervor. Das ganze Bild auf starkem Glanzkarton hat eine Größe von 48x64 Zentimeter. Und kostet ohne Rahmung in Ausführung I 1,00 Mark, II 1,80 Mark, III 2,80 Mark. Letzteres ist nach dem Entwurf des Künstlers Hugo Steiner in Prag ausgeführt. Rahmen zu obigen Bildern liefert inkl. Einrahmung zu 1,80 Mark, 2,25 Mark, 2,45 Mark, 2,70 Mark, 3,00 Mark, 4,25 Mark und höher. Bei größeren Abnahmen entsprechend billiger, netto Cassa ab Oberhausen. Die Zeit ist kurz, deswegen dürfte es für Sie lohnend sein, wenn Sie sich jetzt schon mit dem Verkauf deselben befassen wollten. Da das Geschäft nur kurze Zeit gemacht werden kann und es bis jetzt auch noch keine Konkurrenz darin gibt (?) wollen Sie die Gelegenheit ohne langes Überlegen ergreifen es Ihnen Andere zuvor kommen. Zeit ist Geld! Für den hiesigen Bezirk und Umgegend habe ich den Kleinvertrieb übernommen. Indem ich Ihre gest. Bestellung gerne entgegen sehe, zeichne hochachtungsvoll  
Kunstanstalt Joseph Koll.“

Soweit das Schreiben, an dem wir nicht das mindeste geändert haben. Die „Kunstanstalt Joseph Koll“ hat über Patriotismus, Schöpfung und Orthographie ihre eignen Ansichten. So etwaßhaft das Gebaren der „Kunstanstalt“ erscheinen mag, ihr „Patriotismus“ ist schließlich nicht schlechter als der der Industriellen und Brautjungfer. Der „Patriotismus“ unserer heiligen Patrioten muß sich eben bezahlt machen...

**c. Ein Mabitatmittel zur Befreiung der Ortsarmen** auf dem Lande empfiehlt ein hiesiger „Einsigtreuer“ Landarbeiter. Er macht seinem Herzen in einem Brief Luft, der ein erschütterndes Bild des Elends der ländlichen Arbeiter in Ostelbien enthält. Er schreibt: „Ich bin gezwungen, mich an die Sozialisten zu wenden und ihnen mein schweres Leid zu sagen. Ich war am 16. Ja-

nuar d. J. 50 Jahre alt und habe 9 Kinder in der Ehe gehabt. Die ältesten fünf habe ich bis zur Einsegnung zuhause gehabt, jetzt sind sie in der Fremde. Vier schulpflichtige Kinder habe ich noch zuhause und ernähre sie, wie ich die andern Kinder ernähren habe. Ich werde auch ferner meine Pflicht tun solange ich lebe, und kein Mensch kann behaupten, daß ich arbeitsfähig bin. Nun aber, da ich 50 Jahre alt bin und noch 4 Kinder habe, will mit niemand eine Wohnung vermieten, denn die Ortschulzen von Puhlanken und von dem Nachbardorfe Argentinchen gehen zu den Vermietern und sagen denen, sie möchten mich nicht aufnehmen, ich könnte Ortsarmer werden! Es wird soweit kommen, daß ich auf das Dorf-Preiballand rausgeschickt werde und dann werde zusehen müssen, wie meine Frau und meine 4 Kinder leiden, bis sie zu Tode erstarren sind. Selbstmord kann ich doch nicht begehen, um dem Elend ein Ende zu machen. Ich bitte, doch dafür sorgen zu wollen, daß, wenn die Abgeordneten in Berlin zusammenkommen, sie beschließen möchten, daß das arme Volk, dem Ortschulzen die Wohnungen abgeben, vom Militär einfach erschossen wird; aber gleich die ganzen Familien, sonst könnten sich die Armen noch vermehren. Ich bin bereit, mich nicht nur selbst zu stellen, sondern auch deutschen Äugeln und Bajonetten gegenüber zu stellen.“

Was muß der Mann gelitten haben, um zu der Verzweiflung zu gelangen, die aus dem Briefe spricht? Ein neues Bild von der brutalen Junkerherrschaft in Ostelbien...

Fünf Tote wuschen die letzten beiden Opferlisten aus Südwestafrika aus.

**Neue politische Nachrichten.** Der Schiedsgerichtsvertrag zwischen Dänemark und Holland ist vom dänischen Reichstag angenommen worden. — Die ganze Treibstoff-Wirtschaft wird Anfang März vor dem Pariser Kassationshofe noch einmal aufgerollt werden.

**Belgien.**

**Kassationshof entscheidet!**

Man schreibt uns aus Gent: In einem der Produktivgenossenschaft der sozialistischen Maurer gehörenden Lagerhause entdeckte die Polizei 210 Mauerergewehre Model 1094 und 20 000 scharfe Patronen. Gleichzeitig wurde bei einem Beamten der Völkerei Voo ruit eine Hausdurchsuchung vorgenommen, deren Ausgang noch nicht bekannt gegeben wird. Die Polizei wird wohl genötigt sein, die beschlagnahmten Waffen zurückzugeben, weil sie einem Fabrikanten in Lüttich gehören, der alle gesetzlichen Formalitäten für diesen Wofftransport erfüllt hat.

In der gleichen Angelegenheit ist in Brüssel ein Ruffe verhaftet worden, bei diesen anderen veranfaßte die Polizei Hausdurchsuchungen.

**Frankreich.**

**Die Kirchenzrawalle.**

Paris, 6. Februar. Der Ministerrat beschäftigte sich mit den Vorgängen bei den Inventaraufnahmen in den Kirchen und beschloß, daß die Aufnahmen ohne Unterbrechung in Paris und der Provinz fortgesetzt werden sollen.

Paris, 6. Februar. Der Untersuchungsrichter hat gegen die Pfarrer verschiedener hiesiger Kirchen Anklage wegen Verletzung des Gesetzes über die Trennung der Kirche vom Staat erhoben, sowie wegen Aufzehr.

St. Cloud (Dep. Jura), 6. Februar. Heute gegen Mittag wurden hier von einer Menge Begebenheitsanten, die etwa 2000 Mann zählte, die Fensterheben des Bischofsspalastes und der Kathedrale eingeworfen. Sodann wurde die Seitenpforte der Kathedrale erbrochen und das Inventar der Kirche auf die Straße geworfen und dort mit Petroleum begossen. Als man es dann anzünden wollte, dies aber von herbeigeeilten Gendarmen verhindert wurde, schleppten die Manifestanten die Statue der Jungfrau aus dem katholischen Kasino fort und warfen sie in den Fluß.

Cherbourg, 6. Februar. Bei der Aufnahme des Inventars in der Gelübdekirche kam es zu Zwischenfällen, in deren Verlauf sieben Personen verhaftet wurden; unter ihnen befinden sich auch zwei höhere technische Marinebeamte.

Montpellier, 6. Februar. Die Eingänge der Kathedrale waren, als das Inventar aufgenommen werden sollte, fest verschlossen. Um 10 Uhr wurde eine Aufforderung erlassen, zu öffnen, doch die Türen blieben geschlossen. Geniesoldaten brauchten eine Stunde, um sie einzuschlagen, da sie von innen fest verbarrikadiert waren. Der Staatsgüterinspektor nahm dann trotz des Einspruchs des Bischofs das Inventar auf. Draußen schrie die Menge und sang Kirchenlieder, dann begaben sich die Demonstranten nach der Präfectur.

Um 5 Uhr abends hielt die erregte Stimmung in der Umgebung der Kathedrale und der Bürgermeisterei noch immer an. Mehrere Personen wurden mit Füßen getreten und mißhandelt. Zwölf Verhaftungen wurden vorgenommen. Die Feuerwehre wurde requiriert, um in den benachbarten Straßen, wo Steigung und Schuttbergen die Kavallerie am Eingreifen verhinderten, die Manifestanten zu zerstreuen.

Auch Infanterie wurde herangezogen und hieß mit der blanken Waffe ein; viele Verwundungen kamen vor. Die Stadt sieht aus, als herrsche Revolution.

Auch in Lille kam es zu Zwischenfällen. Den Behörden wurde hier energischer Widerstand entgegengebracht; auch hier wurden viele Demonstranten verhaftet.

**Ein sozialistischer Sieg.**

Wie wir schon gemeldet haben, sollte in der Fabrikstadt Elmoges eine Neuwahl stattfinden, um 30 Mitglieder des Munizipalrats zu erwählen, die wegen der letzten Arbeiternehelien demissioniert hatten. Der Wahlkampf wurde sehr scharf geführt. Die sozialistische Liste bekam 6107 Stimmen, gegen 5785 der Reaktionsäre und 2810 der Radikalen, die als „unabhängige Sozialisten“ auftraten. Bei der Stichwahl, die zwischen den Sozialisten und den Reaktionsären stattfanden soll, ist der Sieg unserer Parteigenossen sicher. Die sozialistische Mehrheit wird demzufolge im Munizipalrat von Elmoges noch weit härter sein als bisher.

**Sächsische Angelegenheiten.**

**Die konservative Interessentwirtschaft** wurde gestern in der Zweiten Kammer auch vom Regierungstische festgestellt. Es fand die Vorberatung über den Gesetzentwurf eines Wassergesetzes statt. Die Regelung des Wasserrechts, darüber ist alles einig, ist eine sehr schwierige Materie. Der Entwurf stellt mit Recht auch die Privatgewässer unter die Aufsicht der Behörden. Gegen diese Bestimmung wandte sich der Wortführer der konservativen Reaktionsäre, der Abg. Opitz. Der Gesetzentwurf, führte dieser konservative Heißhorn aus, sei in erster Linie auf die Anregung von konservativer Seite zurückzuführen. Die konservative sächsische Gesetzgebung sei überhaupt unsterngültig und das Wassergesetz könnte als die Krönung dieser musterquältigen Gesetzgebung betrachtet werden. Wenn so der konservative Führer das Verdienst für das Wassergesetz für seine Partei reklamierte, so wandte er sich doch gegen die Bestimmung, daß die Aufsicht über die Privatgewässer dem Staate zuzusehen soll. Diese Ansicht, aus der die konservative Interessentwirtschaft deutlich herauscheint, wurde von dem Regierungsvorsteher

Dr. Schelger entschieden bekämpft. Wenn Herr Opitz gefagt habe, die Vorlage habe einen sozialistischen Anstrich, so meine er, daß für die Regierung nicht Sonderinteressen, sondern das Allgemeinwohl maßgebend sein müsse. Es gehe nicht an, des Eigentumsbegriffs wegen, den Opitz dem fließenden Wasser beilegt habe, von jeder Staatsaufsicht im Interesse der Allgemeinheit abzusehen. Wir lebten doch in einem Rechtsstaate. Die Lehren aus dem Jahre 1897 würden nicht genügend beachtet. Das zeigte sich jetzt wieder an der kurzfristigen und kläglichen Kaitation, die gegen die Weiserberren (natürlich von den Agrariern!) in Szene gesetzt werde. Wenn die Mehrheit der Kammer sich auf den Standpunkt Opitz' stelle, werde die Regierung mit der Regelung des Wasserrechts warten, bis mehr Ruhe vorhanden und der Interessenstandpunkt weniger ausschlaggebend sei. Natürlich waren diese Ausführungen Herr Opitz' sehr in die Nase gefahren. Er verlangte, daß der Regierungsvorsteher seine Ausführungen modifiziere, wenn er der konservativen Partei Sonderinteressen vorwerfe. Der Regierungsvorsteher ließ es aber in seiner Erwiderung bei seinen Äußerungen bewenden. Die konservative Interessentwirtschaft wird, wie man sieht, allgemach auch der Regierung unbequem. Herr Opitz ist so sehr Interessentmensch, daß er seine und seiner Clique Interessentent nicht merkt. Bezeichnend ist es, daß er meinte, gerade die Vertreter der Industrie müßten Wert darauf legen, daß die Industrie nicht in ihren Interessen geschmälert werde. Die Nationalliberalen stellten sich indessen ausnahmslos auf den Standpunkt der Regierung. In der Sitzung der Zweiten Kammer vom 6. Februar stand die konservativ-agrarische Interessentpolitik am Pranaer!

**Die Interpellation Goldsteins** wegen des Versammlungsverbotes am 21. Januar kommt heute in der Zweiten Kammer zur Verhandlung. Wie uns mitgeteilt wird, soll die Regierung beabsichtigen, die Verantwortung wiederum abzulehnen. Trotzdem sei die Besprechung der Interpellation mit Hilfe der Freisinnigen und eines Teiles der Nationalliberalen gesichert. Die Unterstützung ist ausreichend, wenn 10 Stimmen sich für die Besprechung finden. Als vor einiger Zeit die Regierung die Verantwortung einer Interpellation Goldsteins ablehnte, versagten bekanntlich die Nationalliberalen, so daß die Interpellation unter dem Triumphgeheul der Ordnungsmenge im Lande ins Wasser fiel.

**Ueber die sächsische Wahlrechtsbewegung,** schreibt ein Pastor Willms aus Frauenth im Fürstentum Neuchâtel, im kirchlichen Gemeindeblatt folgendes:

Die Wellen der russischen Unruhen beginnen bereits nach Deutschland hinüberzuschlagen. In Dresden und Chemnitz fanden große sozialistische Kundgebungen gegen das sächsische Landtagswahlrecht statt. Vor 10 Jahren ist die zur Wahl berechtigende Einkommensgrenze so hoch hinaufgeschraubt, daß die nach Hunderttausenden zählende Arbeiterschaft nur einen Vertreter in der Kammer hat, also „fast“ erreicht ist. Für neuerdings angestrebte Reformen sind die Regierung und die herrschenden Parteien wenig zu haben. Kein Wunder, daß der Patriotismus der sächsischen Arbeiterschaft nicht im Zunehmen begriffen und daß ein fortwährender Anlaß zur Verbitterung gegeben ist. Anderswo hat man längst eingeschaut, daß eine praktische Betätigung an den Staatsaufgaben das beste Mittel ist, überspannte Ideen zu beschneiden. Die alte, durch die Geschichte hundertfach bestätigte Wahrheit, deren Nichtachtung jetzt in Russlands Ströme von Blut verursacht, sollten die „heßen“ Sachgen auch am wenigsten verlernen: wenn berechnete Bedürfnisse des Volkes nicht beizugehen und in gesetzlicher Weise erfüllt werden, so brechen sie sich schließlich gewaltsam Bahn. Dagegen helfen auf die Dauer weder Bajonette noch Schußmannschädel.

Sehr richtig! In Sachsen darf ein Geistlicher derartige verurteilende Anschauungen natürlich nicht äußern, wenn er nicht Gefahr laufen will, im Landtage als Sozialdemokrat denunziert oder gar vom Staatsanwalt wegen Aufreizung verfolgt zu werden.

**Verzte in der Gewerbeinspektion.** Im Reichstage kam gestern Graf Rosadowky bei der zweiten Beratung über den Etat des Innern aus Anlaß der sozialdemokratischen Kritik auf die Gewerbeinspektion zu sprechen. Er führte da u. a. aus: „Wenn man dann verlangt hat, daß auch Verzte zu den Fabrikinspektionen herangezogen werden sollen, nach dem Vorbilde Englands, wo allerdings die Verzte in engerem Zusammenhange mit der Gewerbeinspektion stehen, so ist doch zu sagen, daß die deutschen Gewerbeinspektoren über ein weit höheres Maß wissenschaftlicher Vorbildung verfügen, als die englischen Inspektoren. Unsere Inspektoren sind daher nicht in dem Maße wie ihre englischen Kollegen auf eine wissenschaftliche Unterstüzung angewiesen.“ Gegenüber dieser Bemerkung ist es interessant, daran zu erinnern, daß im vorigen Sommer die Nachricht auftauchte, die sächsische Regierung habe den Gedanken erwogen, der Gewerbeinspektion Verzte als wissenschaftlichen Beirat anzugliedern. Bis jetzt ist dieser Gedanke allerdings nicht verwirklicht worden, immerhin steht die Anregung in auffallendem Widerspruch zu der Ansicht des Grafen Rosadowky. Jedenfalls erfordert die Gewerbehygiene, die zu beaufsichtigen auch eine Aufgabe der Gewerbeinspektion ist, dringend sachverständige Unterstüzung.

**Der Kurs der sächsischen Staatspapiere** ist niedriger als derjenige der Anleihen Preußens und des Reiches. Der sächsischen Regierung ist das natürlich unbequem. Sie ist der Ansicht, der niedrige Kurs sei auf das große Angebot sächsischer Staatspapiere zurückzuführen. Deshalb wird danach getrachtet, einen erheblichen Teil der sächsischen Staatspapiere festzusetzen und so dem Handel mehr zu entziehen. Diesem Zwecke sollte schon das durch ein Gesetz vom Jahre 1884 geschaffene Staatsschuldenbuch dienen, in die Inhaber von Staatspapieren diese eintragen und so in eine Buchschuld umwandeln lassen können. Von dieser Einrichtung hat aber nur ein kleiner Teil der Gläubiger Gebrauch gemacht. Um Eintragungen in größerem Umfange zu erzielen, sollen die Gebühren befreit und die hierbei zu beachtenden Formalitäten vereinfacht werden. Das soll durch die Vorlage über die Änderung des Staatsschuldenbuchs erreicht werden, die jetzt in der Gesetzgebungsdeputation beraten worden ist. Dort ist auch die Frage aufgeworfen worden, ob vielleicht durch gesetzliche Maßnahmen die Verwaltung der Sparkassen veranlaßt werden sollten, einen Teil ihrer Bestände in

Inländischen Staatspapieren anzulegen und gewisse Beträge in das Staatsbuch eintragen zu lassen und dadurch dem Staatsbuch eine gewisse Förderung zu gewähren. Man ist nach längerer Aussprache über diesen Punkt dahin übereingekommen, der Regierung anheimzustellen, die Frage einer Prüfung zu unterziehen, die Sparfassen zu veranlassen, in der oben angegebenen Weise zu handeln. Die Regierungsvorleiter haben erklärt, die Angelegenheit verbleibe die größte Feindin. Im Finanzministerium sei sie bereits geprüft worden, doch sei man noch nicht zu bestimmten Vorlägen gekommen. Es ist sonach darauf zu rechnen, daß die Sparfassen vor den sächsischen Finanzkassen mit gespannt werden sollen, um dazu beizutragen, den Kurs der sächsischen Staatspapiere wieder höher zu treiben. Die Sparfassenverwaltungen werden darüber nicht erfreut sein. Für sie bedeutet eine solche Maßnahme eine Beschränkung der Bewegungsfreiheit, die unter Umständen auch von Nachteilen finanzieller Art begleitet sein kann. Die Vorlage zur Abänderung des Staatsbuchgesetzes ist nach wenigen Abänderungen von der Deputation gutgeheißen worden. Heute steht die Angelegenheit im Landtage zur Verhandlung.

**Dezernat I. C. Der Gemeinderat bewilligte den Beamten 50 bis 150 Mark. Dem Gemeindevorstande 300 Mark Zulage zum stoffelmäßigen Gehalte als Teuerungszulage.**

Seine Nachrichten aus dem Lande. Ein Festzug erfolgte in vergangener Woche in einem schon lange verlassenen Steinbruche am Fächelgraben in Obervogelgesang und zwar auf sächsischem Gebiete. Die abgestürzte Mauer dürfte insgesamt dem Umfange eines der im Elbtale üblichen einstöckigen Häuser gleichkommen. Außer vielem Geröll ist auch ein großer Block niedergekommen, welcher ganz blieb und sich auf den Abfall des Fächelgrabens festsetzte und nun drohend herniederblüht. Auf der Reußfähler Seite der Augustusbrücke in Dresden verunglückte ein einen Handwagen ziehender Mann, indem er zwischen zwei Straßenbahnwagen geriet. Beim Ausweichen vor dem einen Wagen erhielt der Handwagen von dem andern Straßenbahnwagen einen so kräftigen Stoß, daß der Mann quer über die Schienen zwischen Vorder- und Anhängenwagen zu liegen kam. Da der Oberkörper von einem Wabe erfasst worden, mußte der Wagen ausgehoben und zurückgeschoben werden. Welche Verletzungen der Verunglückte erlitten, konnte noch nicht festgestellt werden. — Der jüngst in Luga u im Radmeisterwagen des von Stollberg nach Wilsenbrand verkehrenden Personenzugs abhandene Geldbrief mit 3300 Mark Inhalt ist am Sonnabend wiedergefunden worden. Jedenfalls fürchtete der Dieb seine Entdeckung, weshalb er den Geldbrief wieder auf dem Fußboden des Radmeisterwagens unbemerkt niederlegte. — Der 30 jährige landwirtschaftliche Arbeiter Johann Frenzel aus Qualitz, welcher bei dem Gutsbesitzer Lorenz in Diensten stand, legte in die Häckelmachine, welche durch Wapel betrieben wurde, Stroh usw. ein. Plötzlich ergriffen die Walzen die rechte Hand und zogen sie durch. Ehe das Werk zum Stehen gebracht worden war, hatten ihm die Walzen die Hand stückweise bis zum Gelenk glatt weggeschnitten.

**Aus den Nachbargebieten.**

st. Aus Sachsen-Weimar. Ein Umsturz der geplanten Ordnung im Landtage ist durch eine längere Reise des Großherzogs hervorgerufen. Das behauptete in der letzten Sitzung unseres „Getreuen“ der Abg. Baudert. Es stand nämlich die Vertagung des Landtags, zu welcher verfassungsgemäß der Landtag seine Genehmigung geben muß, zur Beratung. Erst vor vier bis fünf Wochen war bekannt gegeben, daß jetzt der Landtag seine gesamten Arbeiten erledigen solle und dann geschlossen werde. Jetzt, da der Großherzog nach Indien abgereist ist, soll der Landtag nur die unaufschiebbaren Arbeiten erledigen, um im Sommer noch einmal zusammenzutreten, damit der Schluss desselben erfolgen kann, wenn der Großherzog im Lande ist. Der Präsident hat die Abgeordneten, ihre Wünsche zu äußern, wann die passende Zeit zur Tagung sei. Ein Bauer hat darum, ja nicht etwa Ende Mai oder Anfang Juni zu tagen, denn da sei die Zeit, wo der größte Teil der Abgeordneten mit den Hackfrüchten zu tun habe. Ein anderer Bauer wünschte aber gerade diese Zeit, da dies noch vor der Futter- und Getreideernte sei. Der Abg. Baudert kritisierte diese Meinungsströmerei. Es müsse überall Bedenken erregen, daß wegen einer größeren Reise des Großherzogs die Erledigung der Geschäfte ins Stocken komme. Anderwärts werde das bishigen Regieren doch auch im Umherziehen betrieben. Während noch vor wenig Wochen in der bestimmtesten Form anders disponiert sei, würden nun plötzlich alle getroffenen Dispositionen über den Haufen geworfen. Das harmoniere mit den Interessen des Landes nicht. Die Regierung — deren Gewalt jetzt in den Händen der zwei Departementschefs liegt — war darüber sehr entrüstet, daß in so wenig respektabler Weise diese Angelegenheit besprochen wurde. Ein Pfaster auf diese Wunde gab ihr jedoch der Getreue, der gegen die zwei sozialdemokratischen Stimmen die Genehmigung zur Vertagung erteilte. Diefelbe wird demnach, nach Erledigung der wichtigsten Sachen, unter denen der „Sklappen“ am Wahlgeseh sich auch befindet, eintreten.

**Veranstaltungskalender.**

Mittwoch: Gasmirch-Gesellschaft, Stadt-Gesellschaft, Radm. 3 Uhr. Donnerstag: Turnerbund, Radbel zum Bönen, Abends 8 Uhr. Freitag: Volkstheater, Volkstheater, Helber Str. Abends 7 1/2 Uhr. Sozialdemokratischer Verein u. d. M. - Volkverein Plagwitz-Kleinbau, Weisenböhlen, Plagwitz, Abends 7 1/2 Uhr.

**Theaterveranstaltungen.**

**Neues Theater.**

(Nachdruck wird gerichtlich verfolgt.)

Mittwoch, den 7. Februar: 88. Abends-Vorstellung (2. Serie, rot): Die weiße Dame. Komische Oper in 3 Akten, nach dem Französischen von Grederike Elmeneck. Musik von Boieldieu. Regie: Kapellmeister Marion. — Musikalische Leitung: Kapellmeister Porst. Gabelton, Verwalter des ehemaligen Grafen von Avenel. Anna, sein Mädel. Georg Brown, ein englischer Offizier. Dikson, Pachter des Grafen von Avenel. Jennu, seine Frau. Margarete, Dienerin des ehemaligen Grafen von Avenel. Mac Fren, Friedensrichter. Gabriel, Knecht des Pachters Dikson. Ein Landmann. Bauern und Bäuerinnen.

Georg Brown — Dr. Georg Seibt vom Stadttheater in Chemnitz, als Gast.

Einlaß 7 1/2 Uhr. Anfang 8 Uhr. Ende gegen 10 1/2 Uhr. AL. Opern-Preise. Billetverkauf für den laufenden Tag an der Tageskasse von 10—3 Uhr und Wochentags im Wobensch-Ang. Polich von 8—6 Uhr. Vorverkauf für den nächsten Tag an der Tageskasse von 1—3 Uhr. (Jedes Billet, welches vor Eröffnung der Tageskasse bestellt oder im Vorverkauf entnommen wird, kostet 30 Pfg. Aufgeb. — Bestellte Billets müssen spätestens 1/2 Stunde vor Beginn der Vorstellung abgeholt werden.) Spielplan: Donnerstag: Stein unter Steinen. Anfang 7 Uhr.

**Altes Theater.**

(Nachdruck wird gerichtlich verfolgt.)

Mittwoch, den 7. Februar: Inse Theodor. Operette in 3 Akten (mit Benutzung eines französischen Stoffes) von Wilhelm Kicher und Robert Pohl. Musik von Joseph Manas. Regie: Herr Groß. — Musikalische Leitung: Kapellmeister Hindesien. Durand, Chef der Firma Durand & Co. Angèle, seine Tochter. Celestine, seine Tochter. Solombe, seine Tochter. Moran, Durands Kompanion. Klouze, dessen Gattin. Adolfe Blumeau, Buchhalter bei Durand. Doktor de Flavoucourt, de Chateaupousac, Husarenleutnant de Recambrique, Thedore. Toineite, Studienmädchen bei Durand. Guiguite, Gensdarm. Ein Kontorblender. Ort der Handlung: Eine französische Provinzialstadt. Zeit: Gegenwart.

Einlaß 7 Uhr. Anfang 7 1/2 Uhr. Ende gegen 10 Uhr. Gew. Preise. Billetverkauf für den laufenden Tag an der Tageskasse von 10—3 Uhr und Wochentags im Wobensch-Ang. Polich von 8—6 Uhr. Vorverkauf für den nächsten Tag an der Tageskasse von 1—3 Uhr. (Jedes Billet, welches vor Eröffnung der Tageskasse bestellt oder im Vorverkauf entnommen wird, kostet 30 Pfg. Aufgeb. — Bestellte Billets müssen spätestens 1/2 Stunde vor Beginn der Vorstellung abgeholt werden.) Spielplan: Donnerstag: Frühlingstanz. Anfang 7 1/2 Uhr.

**Bereinigte Leipziger Schauspielhäuser.**

Direktion: Anton Hartmann. (Nachdruck wird gerichtlich verfolgt.) Leipziger Schauspielhaus. Sophienstraße 17/19. Mittwoch, den 7. Februar, abends 7 1/2 Uhr: Schauspiel des Herrn Karl William Müller. Der Weg zur Höhe. In Szene gesetzt von Ernst von Sydow.

Emil Dornwald, Agathe, seine Frau, Lilli Bendler, ihre Tochter, Hugo Bendler, deren Mann, Artur Bernau, Lola Cornero, Duriano, Impresario, Framelli, Warten, Graf Barakoff, Payer, Joseph, Marie, Ulrich Gröber, Martha. Ort der Handlung: Berlin.

Hugo Bendler — Karl William Müller. Längere Pause nach dem 2. Akt. Rassenöffnung 7 Uhr. Anfang 7 1/2 Uhr. Ende 9 1/2 Uhr. Kleine Gastspielpreise. Spielplan: Donnerstag: Der Weg zur Höhe. Anfang 7 1/2 Uhr.

Nachdruck wird gerichtlich verfolgt.

**Theater am Thomasing.**

(Centraltheater.)

Mittwoch, den 7. Februar, abends 8 Uhr: Vorstellung zu halben Preisen. Der wilde Reutlingen. Lustspiel in 4 Aufzügen von Gustav v. Noke und Thilo v. Trotha. Regie: Ernst Bornstedt. Friedrich II., König von Preußen. Ernst Bornstedt. Hans Richter. Anton Galmann. Bernhard Widenhain. Arthur Wismann. Oscar Linke. Otto de Nolte. Kurt Weidner. Kurt Wölber. Willi Hofmann. Georg Opper. Theodor Loos. Wilhelm Verhoff. Amalie Gauer. Maria Eisenhut. Minna Stidel. Alice Rhode. Emmy Eberpflüger. Lilly Weichner. Hans We. Klaus. Martha Eckert. Hans Richter. Albert Bahl. Ludwig Wäber. Kamillo Miesum. Fritz Lubne. Willi Hofmann. Ort der Handlung: 1. und 2. Aufzug: Langenrode, 3. Aufzug: Stelldüvel, 4. Aufzug: Stroh zu Freiberg. — Zeit: 1763. Längere Pause nach dem 2. Akt. Rassenöffnung 7 Uhr. Anfang 8 Uhr. Ende gegen 10 1/2 Uhr.

Spielplan: Donnerstag: Diana Molibri. Anfang 8 Uhr. Vorverkauf und Verkauf von Tagesbillets des Leipziger Schauspielhauses bei H. v. Coppelius, Hagaren-Import, Peterstr. 15 und für das Theater am Thomasing im Wobensch-Ang. Polich. — Bestellte Billets müssen 15 Minuten vor Beginn der Vorstellung abgeholt sein. — Die Tageskasse in beiden Theatern ist täglich geöffnet von 10—2 Uhr, Sonntags von 11—2 Uhr.

**Battenberg-Theater**

Donnerstag, den 8. Februar 1906 Im Exil. Schwank in 3 Akten von H. v. Anderten und B. Wolff. Freitag, den 9. Februar: Zum erstenmal: 's Rieffel vom Schillersee.

**Battenberg.**

Täglich: Künstler-Vorstellung. Karl Maxstadt. Biograph Wally Lennau Hilgert Arkas Bernardi. Fleurs Polonaises Almasio Ward The Holloways. Vorverkauf nummerierter Billets. Fr. Stein, Markt 13 u. in Battenberg-Restaurant.

**Kaiser-Panorama, Johannisplatz 3, parll.**

Die Woche: Interessante Reise in Frankreich, das Land der tausend Seen. Küchenzettel der kaiserlichen Speiseanstalten. Donnerstag: Speiseanstalt I (Johannisplatz): Mittagessen mit Vorkost. Speiseanstalt II (Königsplatz): Mittagessen mit Hammelfleisch. Speiseanstalt III (Königsplatz 24): Saucerkraut mit Schwelmsfleisch.

**Volkverein für Schönefeld u. Umg.**

Einmalige politische Organisation zur Werbung der Wahlberechtigten am Ort: Schönefelder Str. Stadt Leipzig. Der Leipziger Schach-Verein. Sonntag 10 Uhr. Vereinstafel. Die Leipziger Schach-Verein. Sonntag 10 Uhr im Vereinstafel. Die Leipziger Schach-Verein. Sonntag 10 Uhr im Vereinstafel. Die Leipziger Schach-Verein. Sonntag 10 Uhr im Vereinstafel.

**Erdbeer-Butter.** GES. GESCH. MARKE. Feinste, garantiert reine Naturbutter.

Heutiger Preis 70 Pfennige.

**Schuhwaren-Burger** 14 Markthallenstrasse 14. empfiehlt Freunden und Bekannten sein großes Lager solider Schuhwaren zu billigsten Preisen.

**Original-Victoria** Kleiderverkauf sowie **Phönix-Schnell-Nähmaschine** billigst **H. Schube** Petersstr. 34 im Hof, 3 Könige.

**KNORR'S** Suppentafeln u. Erbswurst.

**Neugebauer** akad. geb. (nicht approb.) Praktitant (fr. an Dr. W. Schwabes Poliklinik), behandelt homöopathisch und mittelf. **Lichtheilverfahrens** (Kombi. Lichtbäder u. Bestrahlungen), **Geschlechts-, Haut-, Drüsen-, Magen-, Darm-, Blasen-, Nieren-, Leiden, Infuenza, Rheumatismus, Nerven-, Licht-, Nervosität, Frauenleiden, Vogt-, Weißfluß, Langbr., Erfolge, vora., Erfolge.** **Jetzt Klostersgasse 2/4** Ecke Thomasingasse, Fahrstuhl 1. 6. Sprechzeit: 9—2, 5—8, Sonntags 10 bis 12, nach ausw. briefl.; Badezeit: 8 bis 12, 2—9, Sonntags 9—1; Damen wochentags 10—12, 3—6.

**Elfenbein-Seife** Schokolade, Daland. Die vortheilhafteste für den Haushalt.  Klänge für Herren, Dörner & Hausner, Chemnitz.

**Reuters Werke** 3 Prachtbände zusammen Mk. 3.50 **Volkbuchhandlung** Leipzig, Tauhaer Str. 19/21.

**Soziale Kämpfe** vor 300 Jahren Alt-Nürnbergische Studien von Bruno Schoenlank statt Mk. 4.— nur Mk. 2.— gebunden Mk. 2.50 **Volkbuchhandlung Leipzig** Tauhaer Strasse 19/21. **Stammerjäger** Wagner wohnt Roudn., Senofelderstrasse 11, H.





Leipziger Angelegenheiten.

Leipzig, 7. Februar.

Geschichtskalender. 7. Februar 1004: Reichstagsabgeordneter G. Rosenow in Berlin gestorben.

Schul-Zahnärzte und Schul-Zahnkliniken.

Auf dem Gebiete der Schulhygiene sind in den letzten Jahren erfreuliche Fortschritte gemacht worden. Eine ziemlich neue Erscheinung auf diesem Gebiete ist die Einführung der Zahnpflege und -Behandlung in der Schule.

Die Untersuchungen, die im letzten Jahrzehnt in verschiedenen Städten Deutschlands vorgenommen wurden, hatten gezeigt, daß von 100 000 Schulkindern 81-99 Prozent kranke Zähne haben, und in vielen Gegenden nur 1 Prozent der Kinder ein gesundes Gebiß aufweisen können.

Die Ergebnisse dieser Untersuchungen waren folgende:

Table with 3 columns: Jahr u. Ort b. Untersuchung, Prozentzahlen der Kinder mit erkranktem Gebiß, Prozentzahlen der Kinder mit gesunden Zähnen. Rows include Freiburg, Schleswig-Holstein in 19 Städten, Hamburg, Würzburg, Berlin, etc.

Diese Ergebnisse, sowie die Erfahrung, daß durch kranke Zähne schwere Gesundheitsstörungen verursacht werden können, daß besonders Kinder in ihrer körperlichen und geistigen Entwicklung gehindert werden, wenn sie ein zum Kauen unfähiges Gebiß besitzen, ferner die Tatsache, daß Weichsücht, Nervosität, Schwindsucht usw. häufig ihre Ursache mit in den kranken Zähnen finden, und Mafers, Scharlach im Anfangsstadium und Diphtherie ihren Sitz in der Mundhöhle haben, veranlaßten einige Zahnärzte, eine rationelle Behandlung der Kinder ins Auge zu fassen.

Im letzten Jahre wurde die Tätigkeit der Schul-Zahnärzte auch auf die Kleinkinderkassen, die unsere Kleinkinderbewahranstalten entsprechen, ausgedehnt, und die Kinder vom dritten Jahre an in Behandlung genommen. Das Hauptgewicht wurde auf die Befragung gelegt. Vor der Untersuchung wurden die Kinder aufgefordert, ihre Zähne täglich dreimal zu bürsten.

- 1. Mit 2 1/2 Jahren hat jedes Kind 20 Zähne.
2. Im 6. Jahre kommt hinten im Munde der erste bleibende große Backzahn.
3. Von 7-14 Jahren dauert der Wechsel.
4. Im 12. Jahre kommt der zweite große Backzahn, im 18. bis 40. Jahre der Weisheitszahn.
5. Gesunde Zähne sind für den Magen und die Gesundheit des ganzen Körpers unentbehrlich.
6. Die Milchzähne haben für das Kind noch höheren Wert als die bleibenden für den Erwachsenen.
7. Von frühester Kindheit an müssen alle Zähne täglich morgens und besonders abends kräftig gebürstet werden.
8. Vom 8. Jahre an sind sie alljährlich vom Zahnarzt zu untersuchen.
9. Sobald sie erkranken, müssen sie gefüllt werden, ehe Schmerzen auftreten.
10. Gesunde Milchzähne sind Bedingung für gesunde bleibende Zähne.
11. Um die Mundhöhle gesund zu erhalten, müssen alle Wurzeln, die nicht gefüllt werden können, ausgezogen, und muß der Zahnstein regelmäßig entfernt werden.
12. Die eigenen Zähne müssen durch rechtzeitige Füllung erhalten werden, weil künstliche nur ein Nothbehelf sind.
13. Gut gekaut, ist halb verdaut.

Das Resultat dieser Behandlung war ein überaus günstiges: In unzähligen Fällen konnte schon nach kurzer Behandlung das Verschwinden von Kopfschmerz, Schwindel, Magenweh, Müdigkeit und Stieber beobachtet werden, der üble Mundgeruch war beseitigt, der Appetit und das Allgemeinbefinden hatte sich gehoben, die Kinder zeigten mehr Lebensfreude und Lust zum Lernen.

Es ist zu wünschen, daß die Einrichtung von Schulzahnkliniken, die nicht nur die Verbreitung und die verheerende Wirkung der Zahnkrankheiten offenbart, sondern gleichzeitig auch einen Weg zur Milderung des Uebels gezeigt hat, im weitesten Maße Nachahmung findet.

und verschiedene andre Städte haben bereits die Errichtung von Schulzahnkliniken beschlossen. Ob auch in Leipzig, der Stadt der Initiatoren, wie sie Herr Stadtrat Wagner in der Versammlung des Vereins für Volkshygiene nannte, die maßgebenden Kreise dieser Frage ein größeres Interesse entgegenbringen werden, bleibt abzuwarten.

Die Wahlen der Arbeiterbeisitzer zum Gewerbegericht L.-Stadt sind gestern vollzogen worden. Es war nur eine Liste, die des Gewerkschaftskartells, aufgestellt, die denn auch glatt mit 10 415 Stimmen gewählt wurde.

Wilhelm Friedrich Hoffmann. Wiederum ist einer der bravsten und treuesten Parteigenossen, der Tapezierer Wilhelm Friedrich Hoffmann in Lindenau, aus dem Leben geschieden. Im hohen Alter von über 60 Jahren hatte er erst Gelegenheit, sich unserer Partei anzuschließen.

Das Leipziger Stadtverordnetenwahlrecht. Bekanntlich soll zur Vorbereitung der Revision des Leipziger Stadtverordnetenwahlrechts in der heute abend tagenden öffentlichen Sitzung der Stadtverordneten ein Sonderauschuß gewählt werden.

„Leipziger Frauenklub“. Dem Dresdner Journal wird aus Leipzig geschrieben: Hier ist ein „Leipziger Frauenklub“ eröffnet worden, der bereits 400 Mitglieder zählt.

Selbstmord. Erschossen aufgefunden wurde gestern in einem Fremdenzimmer eines hiesigen Hotels ein älterer, erst vor kurzem hier zugereister Mann.

Vergewaltigung im Rosental. Wie ein Blatt zu melden weiß, ist am Montag früh in der zweiten Stunde ein junges Mädchen im Rosental in der Nähe des Fehnerdenkmal von einem Unbekannten unter Bedrohung mit einem Messer vergewaltigt worden.

Betrüger. Immer wieder ist jener Betrüger aufgetreten, der, wie schon mitgeteilt wurde, mit Hilfe des Telephons Waren erschwindelt, die er im angeblichen Auftrag eines in der König-Johann-Strasse wohnenden Herrn bestellt.

Ein Einbruch, wobei 1000 Mk. gestohlen worden sind, ist in einem Kontor der Gainsstraße verübt worden. Der Tatverdächtige sind drei unbekannte Männer im Alter von 25 bis 28 Jahren.

Diebstähle. Diebe entwendeten aus einer Wohnung in der Brüderstraße einen goldenen Schlangenring mit 1 Brillanten und 1 Saphir und in der Würzner Straße von einem Wagen 2 Kartons mit je 50 Flaschen Maggi und eine Anzahl Blechbüchsen mit Inhalt.

Der russisch-liberale Fiskus von Riga wurde polizeilich geschlossen. In der anglikanischen Straße überraschte nachts die Polizei eine Versammlung von jüdischen Pharmazeuten, die sämtlich verhaftet wurden.

Karambolage. Auf dem Georgiringe stieß gestern vormittag ein Motorwagen mit einem zweifelhafigen Lastgeschirre zusammen. Der Motorwagen wurde leicht beschädigt.

Abhanden gekommen sind 2 Dividendenhefte der Vippische-Weißfällischen Vereinsbank zu Dielefeld, Nr. 1436 und 1487, über je 40 Mark.

Kleine Polizeinachrichten. Eine 28jährige Näherin aus Mansenhein stahl aus einer Wohnung der Großen Fleischergasse eine silberne Damen-Remontoiruhr. Die Diebin wurde verhaftet.

Ein 20 Jahre alter Markthelfer aus Selkerhausen, der in einem Lindenauer Fabrikkontor in Stellung war, ging mit einem ihm anvertrauten Betrage von 110 Mark durch. Der Unrechtlige wurde in Haft genommen.

Wegen eines Sittlichkeitsverbrechens an einem Kinde erfolgte die Festnahme eines 60 jährigen Zimmermanns aus Weitzingen.

Wegen Taschendiebstahls wurde ein erst 18 Jahre altes Mädchen aus Kolonen der Polizei zugeführt. Die junge Diebin war in der Peterstraße auf frischer Tat abgefaßt worden.

Kürzlich hatte ein 18jähriger Schreiber von hier in einer Buchhandlung der Gutenbergstraße, wo er in Stellung gewesen ist, durch Einbruch 384 Mark gestohlen und dann das Weite gesucht. Der Einbrecher ist in Berlin verhaftet worden.

Aus der Umgebung.

Stätterth. (Straßenbenennung.) Die neu angelegte Parallelstraße der Leipziger Straße wurde, einer Anregung des Vereins Heimatschutz folgend, Melcher Straße benannt. Eine weitere Straße des südwestlichen Bebauungsplans soll den Namen Olschwißer Straße erhalten.

Sommerfeld. Zu der am Sonntag, den 18. Februar, vorzunehmenden Neuwahl des gesamten Gemeinderats sind für die zweite Klasse der Anwesigen folgende Kandidaten aufgestellt: Wärmereibehrer Sonntag, Wärmereibehrer Wolf, Stelmachermeister Haupt als Ausschussperson, Straßenwärter Wähold als Ersatzmann; für die dritte Klasse der Anwesigen: Fischhändler Stiehl, Milchhändler Nieschke, Schuhmachermeister Frißsche als Ausschussperson, Mittenbauer Petermann als Ersatzmann.

Moskau. Von einstürzendem Erdreich verschüttet wurde gestern am Bahnerweiterungsbaue bei Schönefeld ein hier wohnhafter 28 Jahre alter italienischer Arbeiter. Der Bedauernswerte, der nur mit großer Mühe aus seiner gefährlichen Lage befreit werden konnte, hat eine Verstaubung der Wirbelsäule davongetragen, die seine Unterbringung in das Leipziger Krankenhaus St. Jakob notwendig machte.

Knauffenberg. Der Ausschulung der Gemeinde Knauffenberg aus unserm Schulverbande und der Errichtung eines eigenen Schulbezirks hat das Ministerium des Kultus und öffentlichen Unterrichts stattgegeben.

Wädern. Zu dem in Nr. 27 von hier gemeldeten schrecklichen Unfall in der Waggerei der Streinischirma Hoffmann erfuhr uns der Bruder des Verunglückten, der Waggermeister Paul Lehmann, festzustellen, daß er alles getan habe, was in einem solchen Falle zu tun möglich ist.

Nötha. (Verunglückt.) Beim Springen über einen Graben verunglückte gestern ein 81 Jahre alter polnischer Arbeiter des Klottergutes von Leipzig-Kornwitz, wobei er sich anheftend einen Bruch des rechten Fußes zuzog. Nach Anlegung eines Rotverbandes wurde der Verunglückte in das Leipziger Krankenhaus übergeführt.

Ukrankädt. Den Parteigenossen und den gewerkschaftlich organisierten Arbeitern von Ukrankädt und Umgegend teilen wir mit, daß Herr Krostewitz, der Besitzer des Gasthofs, seine Lokalkassen der Arbeiterschaft zu Verarmungen nicht mehr zur Verfügung stellt.

Die Revolution in Russland.

Das neue Erwachen der Revolution. In den Petersburger Schulen beginnen aufs neue die Unruhen. Das Larinsche Gymnasium mußte gestern geschlossen werden, weil die Schüler gemeinsam die Wiederaufnahme der entlassenen Lehrer und ausgeschlossenen Kameraden forderten.

In amtlichen Kreisen Petersburgs herrscht große Beunruhigung wegen der aus Finnland einlaufenden Meldungen. Die Behörden sind unterrichtet, daß täglich große Mengen Waffen und Munition, sowie selbst Geschütze hier eingeführt, und überall militärische Vorbereitungen getroffen werden.

Die große Besetzung des Justizministers Rimoff (Gouvernement Sratoff) wurde durch aufrührerische Ruern total zerstückt. Sämtliche Wirtschaftsbetriebe sind niedergebrannt. Aus dem nördlichen Kaukasus wird die Fortsetzung der Agrarunruhen gemeldet, denen gegenüber die Behörden machtlos sind.

Der weiße Schrecken. Der russisch-liberale Fiskus von Riga wurde polizeilich geschlossen. In der anglikanischen Straße überraschte nachts die Polizei eine Versammlung von jüdischen Pharmazeuten, die sämtlich verhaftet wurden.

Gewerkschaftsbewegung.

Die Zechnstundentagbewegung der Leipziger Textilarbeiter. Eine von über 2000 Personen besuchte Versammlung des Personals der Leipziger Baumwollspinnerei beschloß gestern abend in Schloß Lindenfels mit der Einführung des Zechnstundentags und einer 10 prozentigen Lohnerhöhung. Besonders scharf wurde das Verhalten der Direktion verurteilt, die versprochen hatte, an Stelle der Arbeitszeitverkürzung eine Lohnerhöhung einzutreten lassen zu wollen, statt dessen aber dann eine Lohnreduktion im neuen Tarif angekündigt habe.

Der Verbandsvorsitzende, Hübsch aus Berlin, ersuchte die Versammelten, der Direktion eine nochmalige Frist zur Einführung des Zechnstundentags und zwar bis zum 1. April zu gewähren. Führe sie diesen bis dahin nicht durch, und gewähre sie die 10 prozentige Lohnerhöhung nicht, dann werde der Kampf in anderer Weise aufgenommen werden müssen. Dem stimmte die Versammlung zu.

Der Zug der Textilarbeiter nach Leipzig hat bis auf weiteres zu unterbleiben.

Achtung, Glasarbeiter! Bei der Firma Sörnewitzer Glas-Hütten-AG in Reu-Sörnewitz, die erst vor einigen Wochen den Betrieb ausgenommen hat und noch nicht einmal voll arbeitet, sind schon Differenzen ausgebrochen. Die Glasarbeiter allerorts werden ersucht, Zutritt zu vermeiden. Arbeiterfreundliche Mäxter werden um Abdruck gebeten.

Streik in der Nähnindustrie in Lubwigschafen. Sämtliche Arbeiter der Nähnindustrie nahmen gestern früh die Arbeit nicht auf wegen der Entlassung zweier Arbeiter.

Zwei Hochländer des Arbeitervereins. In Nürnberg wurde vor einigen Wochen eine ältere Witwe in ihrer Wohnung ermordet und beraubt. Als Täter sind jetzt die Arbeiter Vobedtel, Weißkopf und Kreuzer überführt worden. Die Namen Vobedtel und Kreuzer erinnern an einen Streik, der im Sommer 1904 im Betriebe der Frankfurter Schuhfabriken ausgebrochen war. Die Firma hatte damals alles ausgeboten, um ihren Betrieb mit Hilfe von Arbeitswilligen fortsetzen zu können, und die Polizei zur Unterstützung herangezogen, damit ihr die geangelteten Nahrungsmittel nicht wieder weggeführt würden. Damals traten auch die beiden Mörder als Streikbrecher auf und sie benahmen sich besonders aggressiv gegen die Streikenden, wodurch sie bei der Betriebsleitung gewaltsam im Ansehen stiegen. Von ähnlicher Qualität ist auch sonst vielfach das Menschenmaterial, das gegen die berechtigten Forderungen geltend machenden christlichen Arbeiter ausgespielt wird.

Ein Urteil von höchster Bedeutung für die gewerkschaftlichen Kämpfe hat das Oberlandesgericht in Raumburg gefällt. In Reiz hatten die organisierten Brauer Differenzen mit dem Brauereibesitzer Dettler. Das Gewerkschaftsmitglied in Reiz hatte einer öffentlichen Versammlung die Angelegenheit unterbreitet, und die Versammlung beschloß nach langen Verhandlungen den Bierkonflikt über jene Brauerei. Da das Dettlerbier in den meisten Lokalen getrunken wurde, in denen gerade die Arbeiter verkehren, wirkte der Boykott, und das umso mehr, als der Kartellvorsitzende in Inzeroten wiederholt bekannt machte, daß nach dem Beschluß jener Versammlung kein organisierter Arbeiter Dettlerbier trinken darf. Der Brauereibesitzer machte deshalb gegen den Vorsitzenden des Kartells, Wolf, und verlangte die Einstellung der Veröffentlichungen. Vor dem Zivilkammer des Raumburger Landgerichts machte der Rechtsanwalt Dettlers geltend, daß die Bekanntmachungen nach den §§ 823 und 826 des Bürgerlichen Gesetzbuchs die vorsätzliche Schädigung Dettlers herbeiführten und zugleich gegen die guten Sitten verstießen. Auch die Gastwirte würden, wie aus verschiedenen Zuschriften hervorging, schwer geschädigt. Deshalb sei durch eine einstweilige Verfügung dem Beklagten Wolf jede weitere öffentliche Kundgebung gegen Dettler zu unterlassen und jeder Weiterholungsfall mit hoher Geldstrafe zu belegen. Es wäre die höchste Zeit, so führte Justizrat Hagemann aus, daß dem unerhörten Treiben der sozialistischen Gewerkschaftsführer durch Gerichtsbescheid ein Ziel gesetzt werde. An eine Schadensersatzklage sei nicht zu denken, eine hohe Strafandrohung sei aber am Platze.

Der Anwalt des Beklagten legte darauf dar, daß der § 152 der Gewerbeordnung in seiner Konsequenz dem Arbeiter das Recht gebe, auch solche Erklärungen und Aufforderungen zu erlassen, und daß die heutigen Gewerkschaftskartelle das Recht hätten, die Arbeiterinteressen wahrzunehmen. Das Landgericht in Raumburg erkannte aber nach den Ausführungen des klägerischen Anwalts und verhängte eine Geldstrafe von 500 Mark für jeden weiteren Fall einer Veröffentlichung durch den Angeklagten.

Gegen dieses Urteil war beim Oberlandesgericht in Raumburg Berufung eingelegt worden. (Der Boykott ist inzwischen aufgehoben worden.) Vor dem Oberlandesgericht wurde der ganze Tatbestand noch einmal aufgerollt, doch kam es bei dem ersten Termin zu keiner Urteilsfällung. Der Gerichtshof befiel sie sich für Donnerstag, den 1. Februar, vor. Auch an diesem Tage ging man noch einmal auf die Sache ein. Dabei brachte der Vertreter des Klägers vor, daß zwar der Boykott aufgehoben sei, daß aber viele Witze auf Befragen des Klägers erklärt hätten, daß die Arbeiter noch immer kein Dettlerbier trinken wollten. Das Oberlandesgericht verwarf dann die Berufung des Angeklagten unter der Begründung, daß einmal eine Berufungserklärung in jenen Veröffentlichungen enthalten sei, daß sie ferner auch gegen die §§ 823 und 826 des B. G. verstießen. Demnach werde es bei den 500 Mark Strafe für jeden weiteren Fall einer öffentlichen Bekanntgabe gegen Dettler durch den Angeklagten.

Das Oberlandesgericht in Raumburg ist bekannt durch seine Urteile gegen die Arbeiterorganisationen. Es war auch seinerzeit das erste, das in unserer Parteipresse die Notigen Zugang ist fernzuhalten unter Strafe stellte. Das ist jedoch später wieder fallen gelassen worden; es wird auch wohl dahin kommen, daß auch das obige Urteil einmal wieder seine Bedeutung verliert, denn die Arbeiterbewegung wird sich auch, wie mit so vielen anderen Urteilen, mit diesem abfinden müssen.

Aus der Partei.

Sozialdemokratische Kirchenblätter. Die Berliner Morgenblätter melden: Bei den Wahlen der Kirchenverwaltungsratsmitglieder der katholischen Stadtpfarren Schwabing und Embling bei München wurden zum erstenmal mehrere Sozialdemokraten gewählt.

Wir wissen nicht, was unsere Genossen in diesen Kirchenräten zu suchen haben. Es sollte für Sozialdemokraten doch wirklich nützlichere Tätigkeit geben!

Verhaftung. Wegen angeblicher Beleidigung des Kapitäns und der Befehlshaber des Kreuzer Frauenlob wurden die Redakteure der Schleswig-Holsteinischen Volkszeitung die Genossen Ivers und Adler in Kiel zu je drei Monaten Gefängnis verurteilt.

Die Beleidigung wurde in einigen Artikeln der Schleswig-Holsteinischen Volkszeitung erblickt, in denen die bekannten Vorgänge auf dem Frauenlob eine Meuterei genannt worden waren.

In Wien ist die erste Nummer eines sozialistischen Tagesblattes Kapit erschienen. Der Blattartikel war unterzeichnet von einem bekannten Professor der Wiener Universität.

Gerichtssaal.

Landgericht.

Leipzig, 7. Februar.

Auktionsfahndelungen werden dem am 20. September 1886 in Berlin geborenen Kaufmann Mertens zur Last gelegt, der in vier Fällen, in den Jahren 1903—1905 auktionsfähige Leute suchte, die in seinem angeblich gutgehenden Immobiliengeschäfte Vertrauensstellungen einnehmen sollten unter Einzahlung einer entsprechenden Kaution. Mertens hat seit 1896 den Ankauf und Verkauf von Grundstücken vermittelt, Hypotheken verschafft und nebenbei noch mit Rähmaschinen, Musikwerken usw. gehandelt. Besonders einträglich war das Geschäft nicht, und Mertens wollte, wie er angab, nach Art seiner Konkurrenten, das Geschäft in größerem Stil betreiben. Er mietete sich Bureauräume in der inneren Stadt, engagierte Personal und glaubte so das Glück erzwingen zu können. Verkauflich versuchte er jedoch das nötige Kleingeld sich auf andre Weise als durch den Handel zu verschaffen, er er nahm seinen „Angestellten“, die er als Buchhalter und Kassierer engagierte, Kauttionen ab, die er ihnen angeblich sicherstellen wollte, in Wirklichkeit aber zu seinem Unterhalt gebrauchte.

Auf diese Machenschaften Mertens sind dann auch vier Personen hereingefallen, die ihm Kauttionen im Betrage bis zu 2000 M. anvertrauten. Mertens benutzte hierbei den Kniff, in dem Anstellungsvertrage die Eintretenden als Kommanditisten im Geschäft zu bezeichnen. Das Wort kannten die Leute, die sämtlich Arbeiter waren, nicht, sie glaubten, nur Angestellte bei Mertens zu werden. Mertens hat übrigens schon mehrfach den Offenbarungseid geleistet und befindet sich in völlig zerütteten Vermögensverhältnissen, so daß seine Behauptungen, er hätte seinen Verpflichtungen nachkommen können, keinen Glauben fanden. Das Gericht verurteilte den Angeklagten, den der Staatsanwalt als einen gewissenlosen und gemeingefährlichen Schwindler bezeichnete, der sich nicht geschämt habe, unerfahrenen Leuten hohe Beträge abzunehmen, zu 1 Jahr Gefängnis.

Ankunft in Rechtsfragen.

Katharina. Die Zwangsvollstreckung kann der Gerichtsvollzieher auch in der Abwesenheit des Schuldners vornehmen, jedoch muß er dann entweder zwei großjährige Männer oder einen Gemeindevorsteher oder Polizeibeamten hinzuziehen. In ihrem Falle war die Zwangsvollstreckung begründet, weil sie gegen die Veranlagung zur katholischen Kirchensteuer nicht reklamiert haben. Die Eigentümerin der gepfändeten Uhr muß gegen die Pfändung Beschwerde beim Amtsgericht führen und Herausgabe beantragen.

N. 100. Wenden Sie sich an das Vormundschaftsgericht. Sch., Leipzig. Ihre Fragen sind unklar. Kommen Sie in unsere Sprechstunde.

St. N. 100. 1. Mein. 2. Ja. F. N. 30. Die Abmachung ist noch gültig. Sie können aber, wenn der Hauswirt damit einverstanden ist, einen andern Vertrag abschließen.

A. R. Der Ausschluss kann nach § 5 Biffer o des Statuts erfolgen, wenn Sie bei Ihrem Beitritt eine bereits bestehende Krankheit verheimlicht haben. Sollte das nicht der Fall sein, können Sie mit Erfolg klagen.

Briefkasten der Redaktion.

M. S. B. L. Sie müssen schon den Mut haben, sich uns gegenüber zu nennen.

H. R., Götterw. Ihre Zuschrift kann nicht veröffentlicht werden, wenn Sie uns nicht ganz bestimmte Angaben machen können.

Wetterbericht.

Des sächs. meteorol. Instituts Dresden. Voraussage für den 8. Februar. Bitterung; Regenrich, in den höheren Lagen Schneefall. Temperatur: Normal. Winrichtung: Nordwest. Luftdruck: Mittel.

149. Sächsische Landeslotterie.

Ziehung vom 7. Februar.

Alle Nummern, neben denen kein Gewinn steht, sind mit 240 Mark gezogen.

Table with lottery numbers and prizes. Columns include prize amounts (e.g., 40000, 20000, 3000) and corresponding winning numbers.

Large table of lottery numbers and prizes, organized in columns with prize amounts and winning numbers.

Sozialdemokratischer Verein L. West. Vereinslokal: Restaurant Rauerum (D. Richter), Plagwitz, Sonnabend. 52. Plagwitz u. Schleussig. Plagwitz u. Schleussig. Plagwitz u. Schleussig.

# Feuilleton-Beilage

Redakteur: Dr. Gustav Morgenstern

## Von der Spielwarenindustrie des sächsischen Erzgebirges.

Unter den Propagandaschriften, die Arbeiterorganisationen zu der Berliner Heimarbeit-Ausstellung beigezeichnet haben, darf die des Deutschen Holzarbeiterverbandes\* in Sachsen auf besondere Beachtung Anspruch erheben; denn sie schildert in ihren wichtigsten Abschnitten sächsische und thüringische Verhältnisse. Wir wollen im folgenden einiges aus dem Bericht über die Spielwarenindustrie im sächsischen Erzgebirge mitteilen.

Der Hauptort dieser Spielwarenindustrie ist der an der Bahnlinie Chemnitz-Neuhausen, von Olbernhau bis Neuhausen aus nach der böhmischen Landesgrenze zu gelegene Ränderstich. Besonders hervorragend ist sie in den Gemeinden Seiffen, Geißelberg, Steinhilber, Eintracht und den angrenzenden Landgemeinden. Während hier die Heimarbeiter ihre Erzeugnisse bei vollständiger Lieferung des Materials allein mit ihren Familien anfertigen, ist die in dem näher nach Flöha zu gelegenen Industrieort Eppendorf vorhandene Puppenmöbelproduktion eine Verbindung von Fabrik- und Heimarbeit. Ähnlich wie in Eppendorf ist die in Marienberg im Erzgebirge und Umgebung vorhandene Produktion von Puppenmöbeln, Wagen, Kaufmannsläden, Puppenstuben usw. zum Teil Fabrik- und zum Teil Heimarbeit. In letzterem Orte nehmen sich die in den Fabriken beschäftigten Arbeiter nach Schluß ihrer 11 stündigen Arbeitszeit zur Heimarbeit geeignete Arbeitsstücke von ihren in den Fabriken herzustellenden Gegenständen mit in ihre Wohnungen. Um nun den in der Fabrik erzielten käuflichen Wochenlohn (die Arbeiter stehen auf Akkord) zu erhöhen, arbeitet tagtäglich die Familie, am Abend und am Sonntag auch der Mann an den in der Wohnung herstellbaren Arbeitsstücken. Die fertigen Arbeitsstücke nimmt der Mann am Morgen zur weiteren Verarbeitung wieder mit in die Fabrik.

Ein Teil der in der Fabrik beschäftigten Arbeiter hat auch noch einen oder mehrere jugendliche Arbeiter vom Fabrikanten zur Verfügung gestellt bekommen, die gegen eine geringe, vom Arbeiter zu leistende Vergütung diesem zu helfen haben. Ist ein solcher jugendlicher Arbeiter herangewachsen, dann bekommt er eine selbständige Akkordarbeit und in späteren Jahren dann selbst Kinder oder jugendliche Arbeiter zur Hilfeleistung gegen Vergütung zur Verfügung gestellt.

Während in den Bezirken Eppendorf, Marienberg und Olbernhau die Fabrikanten die in ihren Fabriken und zum Teil als Heimarbeit erzeugten Gegenstände selbst in den Handel bringen, liefern die Heimarbeiter in dem Gebiet Seiffen-Neuhausen ihre Erzeugnisse an Kaufleute und zum Teil auch an Fabrikanten. Diese Kaufleute haben ihren Wohnort zumeist in Olbernhau und Grünhainichen, dorthin müssen die Heimarbeiter ihre Erzeugnisse selbst bringen, die notwendigen Ausgaben für Bahngeld und die erforderliche Zeit haben sie selbst zu decken.

Die Wohnungsverhältnisse der Heimarbeiter sind die denkbar ungünstigsten. Schon der äußere Eindruck der einzelstehenden „Hütteln“ (dieses ist die volkstümliche Bezeichnung der Wohnhäuser der Heimarbeiter) läßt auf den ersten Blick erkennen, daß Not und Sorge im Innern dieser „Hütteln“ zu Hause sind. Diese teilweise mit Holz umschalteten „Häuser“ mit ihren dunklen Dächern und dem niedrigen, beim Eintritt zum Wägen nötigen Eingang, machen einen beklemmenden Eindruck, zu dem herrlichen Willen der Fabrikanten und Kaufleute stehen sie in einem gewaltigen Kontrast.

In den „Hütteln“ sind in der Regel mehrere Familien vorhanden, die „ihren“ einen oder wenn es hoch kommt „ihre“ zwei Räume als Wohn-, Arbeits-, Lager- und Schlafraum benutzen. In letzterem Falle ist der zweite Raum fast immer ein enger, direkt unter dem Dach liegender und zum Schlafen benutzter Bodenraum. In diesem Räume sind die fast stets kinderreichen Familien in der gesundheitswidrigsten Weise zusammengedrängt. So besteht z. B. der „Schlafsalon“ einer Familie von acht Köpfen in einem von der Arbeits- und Wohnstube getrennten und durch

eine enge Stiege zu erreichenden Raum von 1,08 Meter Höhe, 3,20 Meter Breite und 3,35 Meter Tiefe. Dieses circa 21 Kubikmeter Luftraum fassende „Zimmer“ hat außer der Tür ein Fenster von 60 Zentimeter Breite und 75 Zentimeter Höhe und dient neben der Familie noch einer 33 jährigen Verwandten zur Uebernachtung. Diese neun Personen schlafen in drei eng zusammenstehenden Bettstellen, einem kleinen Kinderbett und einem Korb. In den Bettstellen befanden sich nur je ein Strohsack, ein abgenutztes Deckbett und ein aus Leinwand bestehendes Kopfkissen. Auf den Kopf der diesen Raum benutzenden Personen entfielen somit circa 2 1/2 Kubikmeter Luft, und je zwei Personen mußten, mit Ausnahme des kleinen Kindes, in einem Bette zusammenschlafen. Die Schlafräume fast aller Heimarbeiterfamilien, besonders der kinderreicheren, bieten dasselbe oder ein noch trostloseres Bild.

Die Art der Produktion, sowie die Arbeitszeit und der Verdienst der beteiligten Personen sind besonders wert, vor aller Öffentlichkeit geschildert zu werden.

Es gilt als nahezu selbstverständlich, daß in jeder Familie auch die Frau mit derselben Ausdauer wie der Mann mitarbeiten muß. Nur dort, wo keine geeigneten Kinder oder ältere, schwächliche Personen zur Herstellung der käuflichen Mahlzeiten und zur Erledigung der geringen häuslichen Arbeiten vorhanden sind, nimmt sich die Frau die dazu notwendige Zeit. Oftmals reicht es allerdings auch dazu nicht, besonders am Donnerstag und Freitag, sowie in der Zeit vor Weihnachten, bleibt die Erledigung der häuslichen Arbeiten fast vollständig aus, denn „es drängt, es muß geliefert werden“. Ein Wagenbauer, dem man anmerkte, daß seiner Besuch zur ungeliebten Zeit kam, erwiderte auf eine Nachfrage über die Länge der Arbeitszeit: „Morgen früh 6 Uhr kommt das Geschütz, und wir haben alle Hände voll zu tun, um bis dahin fertig zu werden.“ Es arbeiteten drei Erwachsene und drei Kinder im Alter von 7 bis 11 Jahren, die sämtlich auf die Nachtruhe verzichteten. Die Kinder familiärer Heimarbeiter werden in der schulpflichtigen Zeit zur Mitarbeit herangezogen, ja selbst die noch nicht schulpflichtigen Kinder im Alter von 4 bis 6 Jahren müssen schon zum Erwerb beitragen. Die Arbeitsteilung ist fast bei allen Erzeugnissen so eingerichtet, daß auch diese unschuldigen, Lust und Freiheit bedürftigen Kinder eine ihrem Können entsprechende Arbeit finden.

Ein Beispiel für die Arbeitsteilung und die Art der Verwendung der einzelnen Familienglieder sei angeführt. In Geißelberg im Erzgebirge fertigt eine Familie, bestehend aus 3 Erwachsenen und 3 Kindern im Alter von 5 bis 9 Jahren, Holzsoldaten an. Die Soldaten werden auf der Drehbank gedreht. Diese Drehschleifer fertigt der Mann und die Großmutter. Die Drehbank des Mannes steht in der Stube, die Drehbank der Großmutter in einem mit Stößen gefüllten engen Vorratsraum von 1,95 Meter Höhe, 2,10 Meter Breite und 3 Meter Tiefe. Die Frau und teilweise die Großmutter schnitzeln aus von Seiffen bezogenen Ringen die Gewehre und Vermägen und beizen die Soldaten in den Grundfarben, alsdann wandern die Soldaten durch die Hände der Kinder. Das kleinste Kind gibt an den Schultern Leim an und reicht die Arbeit dem zweiten Kinde weiter, dieses brüdt die Vermägen daran, während das größere Kind das Gewehr und den Ständer befestigt. In die Hände der Frau zurückgelangt, malt diese dann die Soldaten zu Preußen und Franzosen, zu Russen und Japanern, gerade wie sie der Kaufmann bestellt hat.

Obgleich schon innerhalb der einzelnen Familien entsprechend der vorhandenen Familienglieder die Arbeitsteilung angewendet wird, so besteht bei der Anfertigung einer Anzahl Erzeugnisse noch eine weitere Arbeitsteilung. So werden die Holzringe, aus denen die verschiedensten Tierarten herausgespalten werden, ebenso die Ringe zum Abhalten von Hörnern, Schwänzen, Stuhl- und Sofafüßen, Wagenachsen, Armen, Gewehren, sowie gezeigten Wagen- und Eisenbahnradern, Windmühlenschnäbeln usw., von verschiedenen Meißendrehern und Drehschleifern bezogen. Die „Ringe“ werden auf der Drehbank im Profil der äußeren Gestalt des Tieres usw. in entsprechender Größe hergestellt und alsdann im Kreise in schmale Querschnitte gespalten, deren jedes demnach die Kontur des Tieres oder Tieres usw. aufweist, je nach dem gedrehten Profil. Der größte Teil dieser Drehschleifer arbeitet jedoch nicht in eigenen Wohnungen, sondern an gemieteten Drehbänken in der Fabrik. Diese Fabrikbesitzer haben in der Regel nur einige Arbeiter selbst beschäftigt

und vermieten ihre Drehbänke inklusive Dampfkraft an die Meißendrehler. Der Mietzins dafür schwankt entsprechend der Größe der Drehbank zwischen 1,20 M. und 3,00 M. pro Woche. Die Dampfkraft wird täglich elf Stunden geliefert.

Ähnlich wie diese Drehschleifer haben auch die Wagen-, Häuser-, Windmühlens-, Dominomacher usw. von einem Fabrikbesitzer einen Hofel- oder Kreisfägenstand gemietet, der ihnen innerhalb der Fabrikarbeitszeit zur Verfügung steht. Für einen Kreisfägenstand kostet der wöchentliche Mietzins in der Regel 1,00 M. Diese Leute arbeiten jedoch an den gemieteten Kreisfägen und Hobelmaschinen fast ausschließlich nur für den eigenen Bedarf. Auch von den Meißendrehlern arbeitet ein Teil, besonders die mit starker Familie, nur für den eigenen Bedarf. Die Familie verarbeitet die Ringe, wozu auch der Mann in den Abend- und Sonntagsstunden mithilft.

Zwischen diesen und denjenigen Meißendrehlern, die ihre Ringe an andre Heimarbeiter verkaufen, besteht ein gewisser Gegensatz, der seine Ursache darin hat, daß sich die letzteren mehr als Selbständige fühlen. Auch zwischen den Viehmachern und den Meißendrehlern besteht eine gewisse Spannung. Die ersteren suchen die Ringe möglichst billig zu kaufen in Rücksicht auf die niedrigen Löhne, die der Kaufmann zahlt, während die Meißendrehler ihre Arbeiten möglichst teuer verkaufen wollen und auf die Steigerung der Holzpreise hinweisen. Dieses hat schon einen Teil der Ruchheimarbeiter veranlaßt, das Holz selbst zu kaufen und dem Meißendrehler nur zur Verarbeitung zu übergeben, der Stundenverdienst ist jedoch im allgemeinen bei den Meißendrehlern etwas höher als bei den Ruchheimarbeitern.

Die Arbeitszeit ist für fast alle Familienmitglieder äußerst lang, sie beginnt im Winter um 6 oder 7 Uhr und endet um 11 oder 12 Uhr. Im Sommer dagegen ist der Beginn um 4 oder 5 Uhr und der Arbeitsstich um 8 oder 9 Uhr. Zur Lieferungszeit, am Donnerstag oder Freitag, besonders in den Wochen vor Weihnachten, wird fast regelmäßig die Nacht hindurch gearbeitet. Die schulpflichtigen Kinder werden schon einige Stunden vor der Schulzeit und den ganzen Nachmittags bis abends um 10 und 11 Uhr zur Arbeitsleistung mit herangezogen. Größere Kinder haben zur Lieferungszeit ebenfalls die Nacht mit auszuhalten.

Die tägliche Arbeitszeit in den mechanischen Betrieben beträgt in den meisten Fabriken 12 Stunden. Die Arbeitszeit der in diesen Betrieben an einer gemieteten Drehbank arbeitenden Meißendrehler ist jedoch länger, da das Vorrichten des Holzes, wozu die Drehbank und Dampfkraft nicht notwendig ist, entweder vor Beginn oder nach Stillstand des mechanischen Werkes geschieht.

Bei der Heranziehung der gesamten Familienmitglieder zum Erwerb und der dabei wöchentlich herauskommenden Umlasse von Arbeitsstunden, mühte man annehmen, daß auch der Wochenverdienst dieser Familien dementsprechend sei; doch weit gefehlt. Der Verdienst der Heimarbeiter ist sehr schwankend, jedoch reicht er selbst bei den Differenzlöhnen kaum zur Bestreitung des notwendigsten Lebensunterhalts aus. Der fast allgemein übliche Durchschnittsverdienst ist 2 bis 3 Pfg. Bei einigen, besonders den größeren Gegenständen, und wenn der Einkauf der Rohmaterialien vorsteht, ist und in größeren Mengen geschieht, geht der Stundenverdienst auch über 6 Pfg. hinaus. Dagegen geht bei Familien, die kleinere Gegenstände, Soldaten usw. anfertigen, der erzielte Stundenverdienst noch unter 2 Pfg. herab.

Obgleich schon bei voller Beschäftigung der Verdienst minimal ist, so sind die Heimarbeiter noch manch andern Unbilden ausgesetzt, die den Verdienst ungünstig beeinträchtigen. In der Frühjahrszeit stellen in der Regel die Kaufleute ihre Bestellungen ein oder geben sie nur in geringerer Zahl oder in neuen Mustern aus. In dieser Zeit geht das Vektieren der Kaufleute dahin, von den Heimarbeitern bei gleicher Vergütung eine größere Arbeitsleistung zu verlangen. So berichtet ein Häufemacher, daß er vor Weihnachten seine Häuser ohne Schornsteinlieferer und unbeanstandet abgenommen bekomme, während im Frühjahr und Sommer sie ihm ohne Schornsteine nicht abgenommen werden. Der Arbeitslohn dafür ist aber auch im Sommer nicht höher.

In dieser Zeit, wenn die Kaufleute keine oder nur geringe Aufträge erteilen, findet eine an Massivität grenzende Ausbeutung der Heimarbeiter statt. Ein großer Teil muß, um auch im Frühjahr und Sommer nicht zu verhungern, die hergestellten Erzeugnisse allmähentlich verkaufen. Zu diesem Zwecke gehen

## Tante Fritschen.

Skizzen von Hans Goffmann.

(Nachdruck verboten.)

„Sie wollen sich also nicht warmen lassen?“ fragte Tante Fritschen mit einem schrecklich funkelnden Blick, „es könnte doch etwas Wahres an der Sache mit der Aufopferung sein — natürlich nicht aus Wordinger, aber doch aus Gewinnsicht.“

Er wiederholte nur schweigend seine Fingerbewegung. „Nun, wie Sie wollen,“ sagte sie ruhig, „aber eins muß ich doch bemerken: das mit dem Mädchen ist so einfach nicht, wie Sie sich das ausrechnen. Sie reden da von Leutnants und Referendaren, die ihr wohl den Hof machen mögen. Aber glauben Sie im Ernst, daß einer von diesen sie heiraten wird? Da kennen Sie die Herren schlecht: sie ist so arm wie eine Kirchenmaus. Und wenn nicht zufällig ein anderer kommt, der weniger schön geschneidert ist und weniger Redensarten macht, dafür aber den Ruf und das Ehrgefühl hat, ein armes Mädchen zu nehmen, wenn er ihm den Kopf verdreht hat, dann bleibt sie rettungslos sitzen, und zwar wie? Im tagelängsten Elend, wenn auch die Mutter mal stirbt.“

Der Steuermann blickte mit großen, erstaunten Augen zu ihr nieder. „Ich verstehe nicht recht,“ versetzte er unruhig, „Sie können doch nicht meinen —“

„Allerdings! Gerade das meine ich!“ unterbrach sie ihn schnell. „Ob Sie ihr wirklich etwas in den Kopf gesetzt haben, kann ich ja nicht wissen; aber versucht haben Sie es doch nach eigenem Geständnis. Und warum sollte es Ihnen nicht gelingen sein? Stellen Sie sich nicht gar so blöde und kläglich an, Wölz; Sie sind ein Mann, der sich sehen lassen kann trotz einem. Und Ihren Stand brauchen Sie wahrhaftig auch nicht gering zu achten, ich meine nach außen hin, vor den dummen Menschen; nach innen tun Sie es schon ganz von selbst nicht. Mein selbiger Mann hat hier genug was vorgefressen in der Stadt in seinen letzten Jahren, so jung er noch war; und angefangen hat er doch auch als ein armer Steuermann. Und was das Vornehmtum von dem kleinen Mädchen betrifft — du liebe Zeit, das schmilzt wie Butter an der Sonne, und ich kenne die Sonne, vor der es am schnellsten schmilzt. Sie würden aber ganz gut tun, von der Art etwas auf sich abfärben zu lassen; in der Welt hilft das vorwärts, denn die Welt ist dumm und glaubt jedem

Menschen seine Manieren. Also, meine Meinung ist die: wenn Sie dem Mädchen schön getan haben, sind Sie auch verpflichtet, sich darum zu kümmern, ob sie das nicht am Ende ernst aufgefakt und sich zu Herzen gezogen hat. Möglich ist das jedenfalls immer; und die Möglichkeit legt Ihnen die Pflicht auf; da kann ich nichts ablassen.“

„Ja, wie soll ich denn das herausbringen?“ fragte er erschrocken und doch mit einem Schimmer verklärter Hoffnung auf dem gebräunten Antlitz.

„Ja, wie bringen Sie es denn beispielsweise heraus,“ fragte Tante Fritschen, „ob eine Stelle auf einem Schiff für Sie zu haben ist?“

„Ja, da — da melde ich mich beim Maffer,“ sagte der Steuermann, „indessen hier —“

„Nun, wenn Sie hier nichts weiter brauchen als einen Maffer,“ fiel sie lebhaft ein, „der soll Ihnen nicht fehlen. Aber eine Mafferin ist in diesem Falle wohl besser. Und wenn Sie mich etwa nehmen wollen, will ich es billig machen.“

„Mein Gott, wenn Sie das für mich tun wollen —“ stammelte er verwirrt, „aber solche große Güte verbiete ich ja gar nicht. Ich weiß nicht, wie ich Ihnen danken sollte.“

„Aber ich sage Ihnen ja, ich mache es billig,“ unterbrach sie ihn abermals, „Sie brauchen dafür im Herbst, wenn Sie Ihre Kapitänsgemach gemacht haben, nur von meinen Schiffen eins zu übernehmen, da rechnen wir nachher schon ab.“

Er beugte sich tief nieder und küßte ihr schweigend die Hand. „Dann können Sie eine Frau ganz gut erziehen,“ fuhr sie gleichmütig fort, „schon gleich von Anfang, und nachher mit jedem Jahre besser; die Zeiten sind nicht schlecht, ein ordentlicher Mensch kann etwas zurücklegen. Und das Mädchen ist zwar nicht reich, aber an einer kleinen Aussteuer wird es ihr doch nicht fehlen; da lassen Sie sich von ihr nichts eintreiben, wenn sie Ihnen etwa mit dieser Sache kommen will und darum zimperlich tut. Ich weiß es zufällig, sie kriegt eine Aussteuer, nämlich von einer alten Freundin her, die sie ihr ausgesucht, aber bisher davon geschwiegen hat. Die Kleine soll erst davon erfahren, wenn sie wirklich Braut ist. Besagte alte Freundin ist nämlich eine ziemlich verdrückte Person und steckt voller Schwellen und sogar voll allerhand Bosheiten. Nun, so können wir denn getrost an die Mafferarbeit gehen. Ihren Auftrag also habe ich?“

„Ich muß ja aber heute Abend noch in See gehen,“ wendete er schüchtern ein, „wie soll ich da grade vorher —“

„Dann eben haben wir Eise,“ versetzte sie schnell, „also halten Sie mich nicht auf. Ich will auf der Stelle gehen. Und Sie können inzwischen die Ringe besorgen.“

„Wenn Sie nun aber Rein sagt?“ fragte er bedenklieh. „Und ich fürchte trotz alledem mehr als ich hoffe.“

„Dann verwahren Sie die Ringe für den nächsten Fall. Ein junger Mann sollte überhaupt immer Verlobungsringe in der Tasche tragen, er weiß ja nie, was ihm passiert. Am liebsten aber: glauben Sie wirklich, sie könnte Rein sagen, wenn ich für Sie werbe? So etwas gibt es nicht. Ich denke, Wölz, Sie sollten mich kennen. Ich fange kein Geschäft an, wenn ich nicht im Voraus weiß, es wird glücken. Ich sage, kaufen Sie die Ringe, schon allein damit Sie eine Verlobungsgabe haben; sonst zapfen Sie sich ja tot vor innerer Unruhe, bis Sie die Antwort kriegen.“

„Da könnten Sie fast recht haben,“ seufzte der Steuermann leise.

Gemütsruhig nahm sie nunmehr ihren Umhang aus dem Spindel und trippelte auf die Türe zu. Die Klinke in der Hand aber drehte sie sich noch einmal herum und sagte im trockensten Ton, doch mit einem schallhaften Augenwinkeln:

„Da fällt mir aber ein: Sie sind im Einkauf von Verlobungsringen gewiß nicht sehr geübt; man könnte Sie übers Ohr hauen. Wie war es denn, wenn wir taufchten. Sie dies Geschäft lieber mir überliehen und dafür das andere selbst besorgten? Weißt Sie das zwar darin auch nicht; doch übers Ohr gehauen werden Sie da nicht.“

Der Steuermann wurde feuerrot und versetzte hastig: „Lieber ist es mir so. Ich wollte den Vorschlag schon selber machen.“

„Nun, dann sind wir einig,“ sagte Tante Fritschen, „also grüßen Sie mir das Mädchen — vergessen Sie das nicht; ich weiß genau, sie gibt etwas darauf. Und ich hole nun die Ringe.“

Damit schlüpfte sie aus der Tür. Reinhold Wölz stand noch einen kurzen Augenblick mit gefalteten Händen. Auf einmal entdeckte er sich in seinem lauschigen Kuchentisch, soa mich in die Höhe und küßte mich festig ab. Mir war das sehr unangenehm, denn sein Bart war rauh, und ich strampelte mich los. „Ach, die arme Braut!“ dachte ich, „die wird es gut haben!“

Denn ich verstand schon etwas vom Brautstand. Und da war er auch schon verschwunden.

(Fortsetzung folgt.)

